

# **Schriften des Historischen Kollegs**

Herausgegeben  
von der  
Stiftung Historisches Kolleg

Vorträge

4

**Eberhard Weis**

**Bayern und Frankreich  
in der Zeit des Konsulats  
und des Ersten Empire (1799–1815)**

**München 1984**

Schriften des Historischen Kollegs  
im Auftrag der  
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft  
herausgegeben von  
Theodor Schieder  
in Verbindung mit

Gordon A. Craig, Horst Fuhrmann, Alfred Herrhausen, Christian Meier,  
Horst Niemeyer, Gerhard A. Ritter, Karl Stackmann und Rudolf Vierhaus

Geschäftsführung: Georg Kalmer  
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich die Aufgabe gesetzt, Gelehrten aus dem Bereich der historisch orientierten Wissenschaften, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, während eines Kollegjahres die Möglichkeit zu bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Zu diesem Zweck vergibt die Stiftung Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung darstellen soll. Professor Dr. Eberhard Weis (München) war – zusammen mit Professor Dr. Heinz Angermeier (Regensburg) und Professor Dr. Hans Conrad Peyer (Zürich) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 1981/82. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Eberhard Weis aus seinem Arbeitsbereich einen öffentlichen Vortrag zu dem Thema „Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des Ersten Empire (1799–1815)“ am 24. Mai 1982 in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gehalten, der zuerst in der „Historischen Zeitschrift“ (Band 237, Heft 3, 1983, S. 559–595) veröffentlicht wurde.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre getragen und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft treuhänderisch verwaltet.

## I.\*)

**F**AST sämtliche Zitate, die ich in meinem Vortrag bringe, sind im Original französisch, auch wenn sie von Deutschen stammen. Dies leitet bereits hin zu einem besonderen Zug dieser Epoche: In der deutschen Literatur war die Periode des dominierenden Einflusses Frankreichs seit Jahrzehnten vorbei; aber in der Politik, im gesellschaftlichen Leben der Führungsschichten, in den Wissenschaften und im internationalen Verkehr erreichte die Rolle der französischen Sprache erst jetzt ihren Höhepunkt, und zwar in ganz Europa bis nach Rußland, und nicht zuletzt auch in Bayern. Hier kam noch hinzu, daß ebenso König Max I. wie sein leitender Minister Maximilian Graf von Montgelas ihre geistige Ausbildung im Frankreich der Aufklärung erhalten hatten<sup>1)</sup>. Beide bevorzugten das Französische

\*) Der Aufsatz stellt die leicht erweiterte Form eines Vortrages dar, den ich im Rahmen der Veranstaltungen der Stiftung „Historisches Kolleg“ im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in München am 24. 5. 1982 gehalten habe. Er steht im Zusammenhang mit dem in Vorbereitung befindlichen zweiten Teil meiner Montgelas-Biographie.

AE = Paris, Archives du Ministère des Affaires Étrangères  
F = Französische(r) franc(s)  
fl = (Bayerische)r Gulden (Florenus) (Die Relation zwischen beiden war 1806 rund: 1 fl = 2,15 F)  
MA = Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Ministerium des Äußeren  
Staka = Wien, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Staatskanzlei

<sup>1)</sup> *Adalbert Prinz von Bayern*, Max I. Joseph von Bayern, Pfalzgraf, Kurfürst und König, München 1957; Eberhard *Weis*, Montgelas 1759–1799. Zwischen Revolution und Reform, München 1971; E. *Weis*, Die Begründung

im Umgang mit auswärtigen Gästen und Diplomaten, Montgelas korrespondierte sogar mit seiner Frau auf Französisch, obwohl beide in München geboren waren. Auch Friedrich von Württemberg und der alte Karl Friedrich von Baden, der einstige Freund französischer Dichter und Physiokraten, bevorzugten im Umgang mit ihren Ministern und Diplomaten vielfach das Französische. Die privaten Briefe Hardenbergs an Montgelas sind in der gleichen Sprache abgefaßt. Die Gesandten Bayerns und Österreichs sandten zeitweise an ihre Regierungen in München bzw. Wien, jeweils zwei fortlaufende Serien von Berichten: die deutschen Berichte, die nur Routine- und Verwaltungsangelegenheiten betrafen, und die französischen Berichte, in denen das politisch Interessante, die Hintergrundinformationen, standen; nur die letzteren wurden in der Regel den Fürsten vorgelegt. Der in der Geschichte der deutschen Romantik bekannte Friedrich Graf Stadion, von 1807 bis zum Kriegsausbruch von 1809 österreichischer Gesandter in München, früherer Freund, dann scharfer Gegner von Montgelas, schrieb seine kritischen Berichte über die angeblich frankreichhörige Politik der bayerischen Regierung an seinen Bruder, den österreichischen Staatskanzler Philipp Graf Stadion, auf Französisch<sup>2)</sup>. Zu diesem Einfluß französischer Sprache und Bildung trat in der napoleonischen Zeit der Vorbildcharakter französischer Verwaltung, französischer Institutionen, französischen Rechts und französischer Technik auf allen Gebieten.

Gleichzeitig machte man in München die Wandlung vom Stil des Ancien Régime über den des Konsulats zu dem des Empire mit. Den Revolutions- und den Directoire-Stil übersprang man. Symptomatisch hierfür war folgendes: Nach dem offiziellen Bündnis zwi-

des modernen bayerischen Staates unter König Max I. (1799–1825), in Max Spindler (Hg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. IV/1, München 1974, verbesserter Nachdruck 1979, S. 3–86; Hubert Glaser (Hg.) *Krone und Verfassung. König Max I. Joseph und der neue Staat (Wittelsbach und Bayern III/1)*, München 1980, darin u. a. die Beiträge von E. Weis, *Das neue Bayern – Max I. Joseph, Montgelas und die Entstehung und Ausgestaltung des Königreichs 1799 bis 1825*, S. 49–64; Hans Ammerich, *Jugend und Erziehung Max' I. Joseph*, S. 65–82.

<sup>2)</sup> *Staka Baiern 105–110 (Berichte 1807–09)*. Die wichtigsten Berichte Stadions gedruckt bei E. von Wertheimer (Hg.), *Berichte des Grafen Friedrich Lothar Stadion über die Beziehungen zwischen Österreich und Bayern, 1807/09* (Archiv für Österreichische Geschichte 63), 1882.

schen Bayern und Frankreich von 1805 wurde die bayerische Armee nach französischem Vorbild auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht reformiert. Max I. verbot für seine Armee den Zopf als Haartracht. Wenig später zog der König daraus die Konsequenz, sich seinen eigenen Zopf endgültig abschneiden zu lassen, den er bis dahin als Wahrzeichen des Kavaliere des Ancien Régime getragen hatte<sup>3)</sup>.

Die französischen Gesandten in München, deren Berichte nach Paris heute ein wertvolles Bild des Bayerns jener Epoche – gesehen mit französischen Augen – darstellen, repräsentierten in ihrer Abfolge die innere Entwicklung Frankreichs. Die Diplomaten der vorrevolutionären französischen Monarchie waren meist vorzüglich über Bayern unterrichtet gewesen. Dann brachte der erste Revolutionskrieg eine Unterbrechung in den offiziellen Beziehungen. Aus dieser Zeit liegen im Archiv des französischen Außenministeriums am Quai d'Orsay nur Berichte anonymer Agenten aus Bayern. 1796, während des Krieges, berichtet ein solcher Agent aus München nach Paris: „Bayern ist die fruchtbarste Provinz Deutschlands und diejenige, wo es am wenigsten Geist gibt. Es ist ein irdisches Paradies, das von Dummköpfen bewohnt wird.“ (Das hier verwendete Wort „bêtes“ kann außer „Dummköpfe“ auch „Tiere“ bedeuten). Dies ist schlicht und einfach ein Zitat aus Friedrichs des Großen „Histoire de mon temps“. Der französische Berichterstatter von 1796 fährt fort: „Der sicherste Beweis dafür, daß Bayern das irdische Paradies Deutschlands ist, liegt in der Tatsache, daß diese Provinz ... bisher imstande gewesen ist, eine Regierung zu ertragen, die allgemein als die schlechteste aller schlechten Regierungen Europas anerkannt ist.“ Gemeint ist die Regierung Kurfürst Karl Theodors. Der Verfasser bemerkt noch: „Diese Wahrheit muß als Grundlage dienen für alle Überlegungen hinsichtlich Bayerns; nur dann kann man kalkulieren, was dieses Land heute ist und was leicht daraus gemacht werden könnte.“<sup>4)</sup>

<sup>3)</sup> Ernst Aichner, Das bayerische Heer in den napoleonischen Kriegen, in: H. Glaser (wie Anm. 1), S. 239–253, hier 248.

<sup>4)</sup> AE Corr. politique Bavière Nr. 178, ungezeichneter Bericht vom 25. 5. 1796. Das Zitat Friedrichs II. französisch: Max Posner (Hg.), Frédéric II, Histoire de mon temps (Redaction von 1746), Leipzig 1879, S. 185, deutsch: Gustav Berthold Volz (Hg.), Die Werke Friedrichs des Großen, Bd. 2, Geschichte meiner Zeit, Berlin 1912, S. 38. Volz übersetzt: „das irdische Paradies, von Tieren bewohnt“.

Demgegenüber stellte der erste offizielle Gesandte des revolutionären Frankreich in München, der Citoyen Alquier, seit 1797, bereits einen Fortschritt dar, wenngleich sein Blick dadurch getrübt war, daß er überall Intrigen Österreichs, Englands und der französischen Emigranten witterte. Die Persönlichkeiten der drei französischen Gesandten in München von 1803 bis 1813 spiegeln zugleich die Geschichte des Verhältnisses Frankreich-Bayern und die gesellschaftlichen Veränderungen in der Führungsschicht des napoleonischen Empire wieder. Von 1803 bis 1809 war der Repräsentant Frankreichs in München Louis-Guillaume Otto (seit 1809 Comte de Mosloy), ein gebürtiger Badener, Enkel eines hessen-darmstädtischen Kanzlers. Er hatte im auswärtigen Dienst Frankreichs bereits unter dem Ancien Régime und der Revolution gedient, war unter Robespierre inhaftiert und durch den 9. Thermidor gerettet worden, hatte das Direktorium und den Ersten Konsul Bonaparte in Berlin und London vertreten und war dann unter Bonaparte zunächst wegen seiner Englandfreundlichkeit in Ungnade gefallen. Otto hatte maßgebenden Anteil an der Gewinnung des Kurfürsten von Bayern für das französische Bündnis 1805 und wurde dann zu einem uneigennütigen und offenen Berater des Königs von Bayern und seines Ministers Montgelas. Otto ebenso wie seine beiden Nachfolger in München als Gesandte Frankreichs, Louis Comte de Narbonne, ein natürlicher Sohn Ludwigs XV. und Bekannter der Madame de Staël (in München 1810–11), und der aus Belgien stammende François Joseph Charles Comte de Mercy-Argenteau (1812–1813), vertraten zwar in München loyal ihre Regierung, entwickelten sich aber doch immer mehr gegenüber dieser zu Anwälten der Interessen Bayerns, auf dessen wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten durch die französischen Besatzungsarmeen und das Kontinentalsystem Napoleons sie immer nachdrücklicher aufmerksam machten. Beide warnten ihre Regierung vor der seit 1810 immer stärker werdenden Unzufriedenheit in Deutschland und der Möglichkeit, daß Österreich sich auf die Seite Rußlands und Englands stellen würde, fanden aber in Paris kein Gehör und erhielten seit 1811 als fast einzige Weisungen immer neue Forderungen Napoleons an Bayern in bezug auf Soldaten und Geld.

## II.

In Altbayern gab es damals in allen Schichten der Bevölkerung eine sehr starke Sympathie für Frankreich. Schon vor der Französischen Revolution war im Bewußtsein der politisch informierten Bayern aufgrund einer zweieinhalbhundertjährigen Tradition Österreich als der potentielle Hauptfeind erschienen, obwohl es das Land des deutschen Kaisers war und mit den Bayern die Konfession, die Kunst, das Brauchtum und weitgehend die Mundart teilte. Dieses Gefühl der Bedrohtheit durch Österreich hatte sich im Zusammenhang mit den Kriegen des 18. Jahrhunderts und dann den mehrfachen massiven Versuchen Kaiser Josephs II., Teile Altbayerns oder das ganze Land in die Hand zu bekommen, verstärkt. Da Kurfürst Karl Theodor diese Pläne begünstigt hatte, richtete sich die Ablehnung weiter Kreise auch gegen ihn und seine stark von Österreich abhängige Politik. Diese antiösterreichische Haltung wurde nach allen Berichten von der Mehrheit der Bevölkerung aller Stände geteilt. Sie entsprach um 1800 einer starken Sympathie der gleichen Bevölkerungsmehrheit für Frankreich<sup>5)</sup>.

Wie ein großer Teil der deutschen Intelligenz, so bejahte auch Montgelas die Grundgedanken der Französischen Revolution, so wie sie in der Periode der konstitutionellen Monarchie bis 1792 verwirklicht worden waren. Er lehnte aber die zunehmende Radikalisierung der Entwicklung in Frankreich seit Herbst 1792, vollends seit dem 2. 6. 1793 die auf Terror gestützte Diktatur des Wohlfahrts-

<sup>5)</sup> Man muß in dieser Hinsicht differenzieren: Frankophil waren vor allem die jüngeren, reformfreundlichen Beamten adliger und bürgerlicher Herkunft, aber auch ein Teil des in der Landschaftsverordnung maßgebenden Adels, wie Joh. Maximilian Graf Preysing und Ignaz Graf Arco, Montgelas' späterer Schwiegervater. Ein anderer Teil des Adels sowie der Prälatenstand sympathisierten dagegen mehr mit dem Kaiserhaus und seinen Erbländen. Das städtische Bürgertum und die Bauern waren weitgehend frankreichfreundlich. Das Zusammentreffen der französischen Armeen mit der Bevölkerung 1796 und 1800 stellt ein Forschungsproblem dar, das ich durch eine Dissertation untersuchen lassen möchte. Es gab, wie die umfangreichen erhaltenen Akten zeigen, viele Fälle von Plünderung und Erpressung, auf dem Lande gelegentlich auch noch schlimmere Exzesse, aber auch zahlreiche Beweise von Fairneß und Hilfsbereitschaft französischer Offiziere und Soldaten, die von zeitgenössischen Beobachtern oft vorteilhaft abgehoben wurden gegenüber dem rüden Verhalten von Teilen der österreichisch-ungarischen Armee.



und des Sicherheitsausschusses in der Ära Robespierre, entschieden ab<sup>6)</sup>.

Montgelas und seine Mitarbeiter zogen aus der Entwicklung des revolutionären Frankreich, wie übrigens auch Bonaparte selbst, den Schluß, man müsse Staat und Gesellschaft durch Übernahme der Errungenschaften von 1789 bis 1792 modernisieren, wobei man diese Errungenschaften in eine dauerhafte Form bringen und gleichzeitig den Staat nicht schwächen, sondern stärken müsse. Im Februar 1799, nach dem seit langem erwarteten und von der Münchner Bevölkerung mit Freudenkundgebungen gefeierten Tode des Kurfürsten Karl Theodor, tritt die Regierung Bayerns Kurfürst Max IV. Joseph, bisher in der Emigration lebender Herzog von Zweibrücken, an. Er bringt seinen Berater Montgelas mit nach Bayern und überträgt ihm das Außen-, später auch das Finanz- und das Innenministerium. Montgelas hatte bereits vorher, 1796, seinem Herzog ein Reformprogramm für dessen spätere Regierung in Bayern vorgelegt, das aber dann durch die Wirklichkeit an Radikalität weit übertroffen wurde. Montgelas ist übrigens gegen den Willen der französischen Diplomatie, die einen anderen Kandidaten favorisierte, aber mit Förderung durch Preußen, bayerischer Minister geworden<sup>7)</sup>. Zur Zeit des Regierungsantritts in München im Februar 1799 stehen die Zeichen in Europa wieder auf Sturm. Der zweite Koalitionskrieg gegen Frankreich ist durch Kampfhandlungen der Österreicher, Russen und Engländer eröffnet worden. Der Rastatter

<sup>6)</sup> E. Weis, Montgelas, 1971 (wie Anm. 1), S. 217–230 u. ö. – Neuere Darstellungen der Epoche der Revolution und Napoleons in deutscher Sprache mit Angabe der Spezialliteratur: E. Weis, Propyläen Geschichte Europas Bd. 4: Der Durchbruch des Bürgertums, 1776–1847, Berlin 1978 (Französische Revolution S. 81–221, das napoleonische Europa S. 223–341); Elisabeth Fehrenbach, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß (Oldenbourg Grundriß der Geschichte Bd. 12), München 1981; Walter Bußmann (Hg. sowie Verf. eines Teils des Bandes), Europa von der Französischen Revolution zu den nationalstaatlichen Bewegungen des 19. Jh.s (Handbuch der europäischen Geschichte, hg. von Theodor Schieder, Bd. 5), Stuttgart 1981. Eingehende Darstellung der deutschen Geschichte: Kurt von Raumer und Manfred Botzenhart, Deutsche Geschichte im 19. Jh. Deutschland um 1800: Krise und Neugestaltung. Von 1789 bis 1815 (Handbuch der Deutschen Geschichte – Brandt, Meyer, Just – Bd. 3/1, 1. Teil), Wiesbaden 1980. Biographie Napoleons: Jean Tulard, Napoleon oder der Mythos des Retters, Tübingen 1978 (französisch: Napoléon ou le mythe du sauveur, Paris 1977).

<sup>7)</sup> E. Weis ebd. S. 389–91, 435 f.

Kongreß löst sich im April auf, die abreisenden französischen Gesandten werden von österreichischen Husaren überfallen und mit einer Ausnahme ermordet, was auch in München starke Entrüstung hervorruft. In Bayern marschiert bereits die österreichische Armee auf. Mit Mühe kommt der neue Kurfürst, der bisher im pfälzischen Mannheim gelebt hatte, überhaupt durch die österreichischen Linien zum Thronantritt nach München. Wenn die Österreicher jetzt davon absehen, Bayern zu annektieren, so tun sie es wohl nur mit Rücksicht auf das neutrale Preußen, das sich für Bayern verwendet. Die schwache bayerische Armee ist damals unter die Österreicher aufgeteilt und handlungsunfähig. Sie gilt außerdem als wenig brauchbar. Auf je 200 bayerische Soldaten kommt ein General. Diese sind teilweise um 80 Jahre alt<sup>8)</sup>.

Trotz der prekären Lage gegenüber der österreichischen Übermacht begrüßt der impulsive Max Joseph nach seinem Thronantritt in München im Februar 1799 den Citoyen Alquier, den Gesandten des französischen Direktoriums in München, mit den Worten: „Ich bin in Frankreich aufgewachsen und bitte Sie, mich als Franzosen zu betrachten.“ Später fügte er hinzu: „Ich bitte Sie, dem Direktorium mitzuteilen, daß es keinen treueren Freund besitzt als mich. Die Freude, die ich jedesmal empfunden habe, wenn ich von Erfolgen der Waffen der Republik hörte, hat mir bewiesen, daß ich Franzose bin.“ Der Bürger Alquier erwidert auf diese Liebeserklärung an Frankreich ziemlich spröde, wenn es dem Kurfürsten Ernst sei mit dieser Erklärung, so möge er die französischen Emigranten aus Bayern ausweisen. Max Joseph sagt dies zu, wobei er sich Ausnahmen vorbehält<sup>9)</sup>. Alquier hatte zuvor in seinen Berichten Max Joseph mehrfach als geschwätzig und unbedeutend bezeichnet, ebenso wie der Gesandte der Gegenpartei, nämlich Österreichs, in den ersten Jahren Max Joseph immer wieder als eine liebenswürdige Null charakterisierte. Doch erkannte der Gesandte Alquier in dieser ersten

<sup>8)</sup> Nach dem Churfürstlichen Hof- und Staatskalender hatte Bayern 1789 62 Generäle, 1796 noch 57. Die Stärke der Armee betrug rund 12000 Mann.

<sup>9)</sup> AE Corr. politique Bavière 178, Bericht Alquiers an Talleyrand 6 Ventöse an VII (24. 2. 1799). Alquier legte Nachdruck auf diese Forderung, weil er gehört hatte, Österreich und England wollten den leicht beeinflussbaren Kurfürsten mit Hilfe sehr schöner, ihm von früher her bekannter französischer Emigrantinnen wieder auf die Linie der Gegner Frankreichs bringen: AE ebd., Alquier an Talleyrand, 2 Vent. VII (20. 2. 99); Talleyrand an Alquier 15 Vent. VII (5. 3. 99).

Audienz bereits auch die Stärken dieses Kurfürsten und seines neuen Systems, wenn er in seinem Bericht nach Paris Max Josephs Einfachheit, Natürlichkeit und wachsende Popularität und seine, wie er schreibt, vernünftigen Ansichten aufs höchste lobt, vor allem die nach seinen Worten „beispiellose“ Zulassung Bürgerlicher zum Essen bei Hof und – was wichtiger ist – zu höchsten Posten, nicht nur in der Staatsverwaltung, sondern auch in der sonst fast überall in Europa streng dem Adel vorbehaltenen Diplomatie. Die ersten Reformen im Staat, wie die Abschaffung der Erbllichkeit und Käuflichkeit von Ämtern, finden Alquiery hohe Anerkennung<sup>10)</sup>.

Während der revolutionären Dekade war Bayern bereits einmal, nämlich 1796, durch eine französische Armee unter General Moreau besetzt worden. Damals, wie auch schon vor dem Einmarsch der Franzosen, hatte es im Lande hier und da eine begrenzte revolutionäre Propaganda, einige Flugschriften und geheime Zusammenkünfte von Revolutionsfreunden gegeben, aber sie waren isoliert geblieben. Örtliche Handwerkerunruhen setzten nur eine Tradition der Zeit vor 1789 fort und hatten meist nach rückwärts gerichtete Ziele: Sie wendeten sich gegen Versuche des absoluten Landesherrn, die Monopole der Zünfte zu lockern und den Handel zu liberalisieren. Sie richteten sich also gegen Modernisierungsmaßnahmen des Staates und waren durch Vereinbarungen rasch beizulegen. In Württemberg, Baden und in der Schweiz hatten damals jakobinische Bestrebungen eine viel stärkere Intensität entfaltet als in Bayern, freilich ebenfalls nur als Ausdruck einer kleinen Minderheit. Bereits 1796 hatte die französische Armee in Deutschland auf Anweisung des Direktoriums den deutschen Jakobinern jede Unterstützung verweigert und den Wunsch, die Revolutionierung der deutschen Gebiete zu erzwingen, schroff zurückgewiesen<sup>11)</sup>.

<sup>10)</sup> AE wie Anm. 9, Bericht Alquiery 6 Vent. VII (24. 2. 1799).

<sup>11)</sup> Zu den Vorgängen von 1796 in Bayern: Ludwig *Hammermayer*, Das Ende des alten Bayern ... (1745–1799), in: Max *Spindler* (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte Bd. II, München 1969, verbess. Nachdruck 1977, S. 1053–1062 und 1082–1089, dort die ältere Lit.; ferner Heinrich *Scheel*, Süddeutsche Jakobiner, Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jh.s, Berlin (Ost), 1962, v.a. S. 210–290, dort auch wichtiges Material über die Haltung der bayerischen Bevölkerung gegenüber Österreichern und Franzosen. Ferner E. *Weis*, Pfalz-Bayern, Zweibrücken und die Französische Revolution, in: Deutschland und die Französische Revolution, hg. von Jürgen *Voss* (Beihefte der Francia Bd. 12), München 1983, S. 118–131.

Während bereits der zweite Koalitionskrieg im Gang war, vollzog sich in Frankreich durch den Staatsstreich Bonapartes vom 9./10. November 1799 eine grundlegende Veränderung. Bonaparte erklärte nach seinem Regierungsantritt in einer Proklamation vom 15. 12. 1799: „Bürger, die Revolution hält an den Grundsätzen fest, die an ihrem Beginn standen. Sie ist beendet.“<sup>12)</sup> General Bonaparte, der bis dahin als der Exponent der französischen Linken, der Jakobiner, gegolten hatte, hatte die zehnjährige Phase der Revolution zum Abschluß gebracht. Aber bald konnte man auch feststellen, daß er die wichtigsten Einrichtungen der Revolution beibehielt, ausgenommen die gewählten Volksvertretungen. Ja die folgenden Jahre zeigten, daß er den Errungenschaften der Revolution erst Dauerhaftigkeit verlieh durch eine neue, zentralistische Verwaltung, eine moderne Justizorganisation, später durch sein für Europa vorbildliches Zivilrecht, ein modernes Handelsrecht, schließlich die in wesentlichen Zügen bis heute gültige Neuordnung des französischen Bildungswesens. So, wie in den Staatsrat, berief Bonaparte auch in die anderen wichtigen Gremien und später in die Stellungen als Präfekten Anhänger der verschiedensten politischen Richtungen, die sich gegenseitig in den vorangegangenen 10 Jahren blutig verfolgt hatten. Hierdurch und durch das Ende der revolutionären Religionsverfolgungen und den Abschluß des Konkordats von 1801 befriedete er zunächst die französische Nation. Bonaparte war eben nicht nur ein Feldherr und ein Diktator, sondern, besonders in seinen ersten Jahren, auch ein erfolgreicher Innenpolitiker, der Schöpfungen von bleibendem Wert hinterließ.

In Bayern galt es dagegen nicht, bisherige Reformen zu stabilisieren und fortzuentwickeln, sondern hier mußte wie überall in Deutschland zunächst einmal das in Frankreich bereits Selbstverständliche auf unblutige Weise nachgeholt werden: Herstellung der Gleichheit vor dem Gesetz, vor der Steuer, vor der allgemeinen Wehrpflicht, Zulassung Nichtadeliger auch zu den hohen Staatsämtern, Gleichberechtigung der Konfessionen, Beseitigung des Zunftzwanges, erste Maßnahmen der Bauernbefreiung usw. Obwohl die neue bayerische Regierung sehr rasch auf all diesen Gebieten entscheidende Maßnahmen ergriff, zeigte sich im Jahr 1800 ein seltsames Phänomen: Während die französische Armee unter General

<sup>12)</sup> Auf Deutsch abgedruckt bei Walter *Grab* (Hg.), *Die Französische Revolution. Eine Dokumentation.* München 1973, S. 301.

Moreau in Bayern stand, bemühte sich in München eine geheime Gesellschaft, die angeblich von höchsten Beamten geführt wurde, Bayern mit Hilfe der Franzosen zu revolutionieren und in eine Republik zu verwandeln. In Bayern hat es ernstzunehmende Bestrebungen zu einem Umsturz in Staat und Gesellschaft seltsamerweise nicht *während* der Französischen Revolution, sondern nur *vor* und *nach* ihr gegeben, nämlich in Gestalt des von 1776 bis 1785 existierenden Geheimbundes der Illuminaten<sup>13</sup>), und eben jetzt, im Jahr 1800, in Form einer Verschwörung in München.

Die Verschwörer von 1800 wollten eine Republik gründen, die Bayern, Franken und Schwaben umfassen sollte<sup>14</sup>). Sie sandten zweimal eine Delegation zu dem französischen General Decaen, um die Unterstützung der französischen Besatzungsarmee für eine Revolution zu erbitten. Decaen bezeichnete die Verschwörer in einer Aufzeichnung als „lauter durch Bildung, gesellschaftliches Ansehen und durch persönliche Verdienste ausgezeichnete Männer, die sämtlich eigenen Grund und Boden besaßen“. Der General diskutierte mit ihnen, lehnte aber eine Hilfe seitens der französischen Armee ab und riet ihnen, statt eines aussichtslosen Revolutionsprojektes, das niemandem nützen werde, lieber die Regierung bei ihren Reformen zu unterstützen. Als sie sich damit nicht zufrieden gaben, verwies er sie an seinen Oberkommandierenden, General Moreau. Dieser erklärte den Abgesandten, sein Auftrag laute, Bayern militärisch zu schlagen, aber nicht, es zu revolutionieren. Außerdem warnte er vor dem Abgleiten einer eventuellen Revolution in Anarchie. Der Oberbefehlshaber der Deutschlandarmee des damals noch republikanischen Frankreich warnte also hier die bayerischen Revolutionsfreunde vor einem Umsturz! Moreau erklärte dem Kommandanten der Münchner Bürgerwehr: „Mein Gott, man weiß nicht, was man will! Eine Republik kostet viel Blut, *wir* haben sie.“<sup>15</sup>) Moreau und Decaen warnten auch die bayerischen Behörden vor der Verschwörung. Erstaunlicherweise war Kurfürst Max Joseph darüber bereits informiert und zeigte sich sehr gelassen. Die angeblichen Führer der Verschwörung, Utzschneider, Christoph von Aretin und Hazzi, ließ er weiterhin in höchsten Staatsämtern. Die Quellen scheinen mir darauf hinzudeuten, daß diese drei Männer nicht zu den Verschwörern gehörten<sup>16</sup>). Auch ist die damalige Behauptung widerlegbar, die Revolutionäre seien ehemalige Illuminaten gewesen.

Aber die Dokumente beweisen auch – neben den gleichzeitigen Flugschriften<sup>17</sup>) – daß es tatsächlich eine solche Verschwörung in

<sup>13)</sup> Richard van Dülmen, *Der Geheimbund der Illuminaten. Darstellung, Analyse, Dokumentation*, Stuttgart 1975; E. Weis, *Montgelas* (wie Anm. 1), S. 33–81; Ludwig *Hammermayer*, *Illuminaten in Bayern. Zu Geschichte, Fortwirken und Legende des Geheimbundes*, in: H. Glaser (Hg.), *Krone und Verfassung* (wie Anm. 1), 1980, S. 146–173.

<sup>14)</sup> Siehe Anm. 11, hier besonders H. Scheel, *Süddeutsche Jakobiner*, S. 589–697; H. Scheel (Hg.), *Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden Ende des 18. Jh.s.*, Berlin (Ost) 1965; die ältere Lit. in Scheels erstgenannter Arbeit und bei E. Weis, *Die Begründung* (wie Anm. 1), S. 10f., ferner der 1983 erschienene Aufsatz von E. Weis (wie Anm. 11.); Sieglinde Graf, *Bayerische Jakobiner? Zeitschr. für bayer. Landesgeschichte* 41, 1978, S. 117–171.

<sup>15)</sup> Das Zitat bei Karl Theodor von Heigel, *Die Jakobiner in München*, in: derselbe, *Aus drei Jahrhunderten*, Wien 1881, S. 159–207, hier: 193. Dazu auch: August *Fournier*, *Illuminaten und Patrioten*, in: derselbe, *Historische Studien und Skizzen*, Prag 1885, S. 211–251; Richard Graf *Du Moulin Eckart*, *Bayern unter dem Ministerium Montgelas*, Bd. 1 (1799–1800), München 1895 (mehr nicht erschienen), besonders S. 399–410; ferner H. Scheel, wie Anm. 14.

<sup>16)</sup> Ich konnte in der letzten Zeit durch neue Archivfunde in AE und im Montgelas-Nachlaß die Namen der Münchner Verschwörer von 1800 identifizieren. Die Führer waren Nichtbayern, vor allem Elsässer und Österreicher, die sich offenbar als Geschäftsleute in München aufhielten und dann ausgewiesen wurden, dazu von bayerischer Seite der Verleger und Publizist Andreas Strobl, der Geologe und Leiter der General-Bergwerks-, Salinen- und Münz-Administration Mathias von Flurl, der Bankier dall'Armi, einige weitere Münchner Geschäftsleute sowie relativ untergeordnete Beamte. Ehemalige Illuminaten waren bis auf einen Fall nicht dabei. Utzschneider wurde, wie die tatsächlichen Verschwörer, von der Münchner Polizei observiert. Obwohl er sich sogar im Staatsrat in Gegenwart sämtlicher Minister als Bewunderer der republikanischen Staatsform bekannte, gehörte er offenbar ebensowenig wie Hazzi zu den Verschwörern. Der Name Aretin erscheint im Gegensatz zu Utzschneider und Hazzi auf keiner Verdächtigenliste. Utzschneider behielt das Vertrauen des Königs und des Ministers Montgelas. Seine Entlassung als Geh. Referendär für Landschaftsfragen 1801 scheint auf seine ungeschickte Politik gegenüber der *Landschaftsverordnung* zurückzugehen (hierzu Fritz *Zimmermann*, *Bayerische Verfassungsgeschichte vom Ausgang der Landschaft bis zur Verfassungsurkunde von 1818*, Erster Teil, *Vorgeschichte und Entstehung der Konstitution von 1808*, München 1940 (mehr nicht erschienen), S. 95–104).

<sup>17)</sup> Zu den Flugschriften: H. Scheel (Hg.) *Jakobinische Flugschriften* (wie Anm. 14), ferner H. Scheel, *Süddeutsche Jakobiner* (wie Anm. 11); F. *Zimmermann* (wie Anm. 16); S. *Graf* (wie Anm. 14); E. Weis, *Pfalz-Bayern* (wie Anm. 11). Die Mehrzahl der Flugschriften kann man allerdings mit gutem Grund als eher reformistisch im Sinne des Staatsabsolutismus Montgelas' oder, noch stärker, der konstitutionellen Monarchie deuten denn als revolutionär und republikanisch.

München gab. Die Aussagen der französischen Generäle über ihre Gespräche mit den Verschwörern zeigen ziemlich eindeutig, daß die Münchner Gruppe, die vorwiegend aus Geschäftsleuten und mittleren Beamten bestand, damals, 1800, einen Umsturz mit Hilfe der Franzosen und eine Republik anstrebte.

Warum glaubten diese Leute noch an die Möglichkeit einer Revolution in München, nachdem die Revolution in Frankreich doch beendet worden war? Hierzu ist zu bedenken: Immerhin war das konsularische Frankreich eine Republik, Bonaparte war mit Hilfe eines Teils der Jakobiner zur Macht gelangt, und er duldete, ja er stützte nach wie vor republikanische Regime in den italienischen sogenannten Schwesterrepubliken Frankreichs sowie in der Schweiz. Seit der von Frankreich erzwungenen helvetischen Revolution in der Schweiz 1797 herrschte dort eine auf die französischen Bajonnette gestützte jakobinische Minderheit. Daß Bonaparte diese etwas später, 1803, fallen ließ, konnte man damals nicht voraussehen. Zwischen der Republik der Helvetik und den bayerischen und württembergischen Revolutionsfreunden aber bestanden damals engste Verbindungen. Daß Teile der Gebildeten in München 1800 gegen den neuen Kurfürsten Max Joseph waren, den sie als Freund Frankreichs und Reformers anfangs begrüßt hatten, lag daran, daß Max Joseph gezwungenermaßen das Bündnis mit Österreich eingegangen war und daß er eine Armee zugunsten der Österreicher mit englischen Subsidiengeldern hatte ausrüsten müssen. Man warf ihm in bayerischen Flugschriften damals Soldatenschacher vor<sup>18)</sup>, wie ihn die Landgrafen von Hessen-Kassel betrieben hatten. Berichte aus Paris zeigen, daß man damals und noch bis 1802 damit rechnete, daß in Frankreich in Kürze das Pendel zum Jakobinismus zurückschlagen würde, wie es dies auch mehrmals unter dem Direktorium getan hatte, und daß Bonaparte dann von revolutionsfreundlicheren Kräften hinweggefegt werden würde<sup>19)</sup>.

Warum lehnten die französischen Generäle die Anträge der bayerischen Verschwörer ab? Einige wichtige Gründe hierfür haben die Generäle selbst ausgesprochen: Sie hatten keinen Befehl, deutsche Gebiete zu revolutionieren, sie glaubten, daß dann in Süddeutschland Anarchie einkehren würde, gerade als man in Frank-

<sup>18)</sup> H. Scheel (Hg.), Jakobinische Flugschriften (wie Anm. 14) Einleitung S. 38–50 und S. 283–324, 332–379.

<sup>19)</sup> Staka Baiern 97, z. B. Beilage bei Bericht Buols an Colloredo vom 18. 1. 1802, ferner Staka Baiern 98, Beilage zum Bericht Buols vom 26. 10. 1802.

reich bestrebt war, wieder Stabilität zu erreichen. Sie hielten ferner mit Recht die süddeutschen Jakobiner für zahlenmäßig viel zu schwach, um sich in ihren eigenen Ländern durchzusetzen und behaupten zu können. Außerdem fürchtete man den zu erwartenden Widerstand der europäischen Großmächte, Österreichs, Rußlands und Englands, gegen eine Zwangs-Revolutionierung Süddeutschlands. Dahinter stand aber eine noch grundsätzlichere Position: Wie schon das Direktorium, also eine noch unter dem Zeichen der Französischen Revolution stehende Regierungsform, so lehnte auch Bonaparte stets die Bildung großer Republiken in Deutschland und Italien ab, weil man von ihnen einen Sog zur Herstellung eines vereinigten, zentralregierten Deutschland bzw. Italien fürchtete. Diese Ablehnung wurde bezeichnenderweise ebenso getragen von General Moreau, den Bonaparte als einen der Führer der Rechtsopposition und als einzigen ihm kongenialen Feldherrn zwei Jahre später aus Frankreich verbannte, wie von General Decaen, den Bonaparte als Linksoppositionellen schon 1802 auf die Insel Mauritius deportieren ließ. Alle standen sie in der Kontinuität der französischen Außenpolitik, die dazu führte, daß sich Frankreich bis 1814 und über den Sturz Napoleons hinaus auf die leistungsfähigen deutschen Mittelstaaten mit ihren damals populären Dynastien und ihren fähigen Regierungen stützte, nicht aber auf revolutionäre Minderheiten, die nur durch dauernden Einsatz französischer Truppen an der Macht zu halten gewesen wären.

### III.

Als nach dem Frieden von Lunéville 1801 die kaiserliche Diplomatie wieder versuchte, Bayern als Verbündeten zurückzugewinnen, ließ das französische Außenministerium durch eine gezielte Indiskretion der Öffentlichkeit mitteilen, daß Österreich in den Verhandlungen für Lunéville, während es noch die bayerische Armee für sich kämpfen ließ, Frankreichs Zustimmung dazu gefordert hatte, daß Österreich Bayern ganz oder teilweise annektieren dürfte<sup>20</sup>). Die

<sup>20</sup>) Eine entsprechende Note des französischen Gesandten in Regensburg Laforêt vom 13. 9. 1802, die in der Münchner Staatszeitung vom 18. 9. 1802 veröffentlicht wurde, machte bekannt, daß Österreich in den Verhandlungen von Lunéville die Zustimmung Frankreichs für eine Annexion Süddeutschlands bis zum Lech, also ganz Bayerns, gefordert hatte. Montgelas nutzte diese Enthüllung für seine Verhandlungen mit österreichischen Diplomaten aus: Staka Baiern 98, Bericht Buols vom 21. 9. 1802.



österreichische Diplomatie war somit durch einen geschickten französischen Schachzug bloßgestellt. Es zeigte sich seit 1801, daß Frankreich die einzige Macht war, die Bayerns Entschädigungsforderungen nachdrücklich unterstützte<sup>21</sup>). Dies hatte großes Gewicht, zumal Frankreich seit 1801 als eine der beiden Vermittlermächte amtierte und die andere Vermittlermacht, Rußland, sich in allen wesentlichen Fragen an Frankreich anschloß<sup>22</sup>). Wie die Akten zeigen, entstand das enge bayerisch-französische Einverständnis nicht erst mit dem Bündnis vom Herbst 1805, sondern im Grunde bereits in den letzten Monaten des Krieges 1801, als Bayern – für heutige Vorstellungen ungewöhnlich – durch einen seiner wichtigsten Diplomaten, von Cetto, der sich bereits seit einem Jahr in Paris, der Hauptstadt des Gegners, aufhielt, das bayerisch-französische Abkommen vom August 1801 aushandeln ließ. Ihm folgte im nächsten Jahr ein zweites, das von den Vertretern Preußens und Rußlands in Paris mitunterzeichnet wurde. Frankreich verpflichtete sich, eine vollständige Entschädigung Bayerns für die inzwischen französisch gewordenen linksrheinischen Gebiete des Hauses Wittelsbach durchzusetzen und verzichtete auf die Rückzahlung einer riesigen Schuld, die 1785 Herzog Karl August von Zweibrücken eingegangen war. Er hatte sich ein Schloß auf dem Karlsberg bei Bad Homburg gebaut, das mehr als zehn Jahreseinnahmen seines Herzogtums gekostet hatte und nach wenigen Jahren durch die Revolutionsheere niedergebrannt worden war<sup>23</sup>).

<sup>21</sup>) Die Verhandlungen fanden ihren Niederschlag in den Korrespondenzen des bayerischen Gesandten in Regensburg, Aloys Frhr. von Rechberg, und des bayerischen Gesandten in Paris Anton Frhr. von Cetto mit der Münchner Regierung (MA 4039–4043 und Kasten schwarz 9789 – Rechberg – und MA 2981–2983 – Cetto), sowie in den Korrespondenzen des französischen Außenministeriums mit den Gesandten in München in dieser Zeit (AE Correspondance politique Bavière Nr. 178 und 179).

<sup>22</sup>) Frankreich und Schweden waren seit dem Westfälischen Frieden von 1648 Garantiemächte der Reichsverfassung. Seit dem Frieden von Teschen von 1779 war Rußland als Garantiemacht an die Stelle Schwedens getreten. Über die Rolle Rußlands: Uta Krüger-Löwenstein, Rußland, Frankreich und das Reich 1801–1803. Zur Vorgeschichte der 3. Koalition, Wiesbaden 1972, hier S. 43–118.

<sup>23</sup>) Über Karl August: E. Weis, Montgelas (wie Anm. 1), besonders S. 161–179; Rokoko und Revolution, Lebenserinnerungen des Joh. Christian von Mannlich, 1741–1822, hg. von F. Matthaesius, Stuttgart 1966; Hans Americh, Landesherr und Landesverwaltung, Beiträge zur Regierung von

Für Bayern war, ebenso wie für Preußen, Württemberg, Baden und andere Staaten die französische Unterstützung beim Entschädigungsgeschäft damals lebenswichtig. Bereits auf dem Rastatter Kongreß war 1798 im Prinzip beschlossen worden, die weltlichen Staaten, die Besitz auf dem linken Rheinufer gehabt hatten, rechts des Rheins zu entschädigen<sup>24</sup>); man war sich auch bereits damals einig geworden, daß zu diesem Zweck fast alle geistlichen Fürstentümer – eine Besonderheit, die es nur im Reich gab – aufzuheben und aufzuteilen seien. Später kamen noch rund 50 Reichsstädte zu dieser sogenannten Entschädigungsmasse hinzu. Die Frage war nun nur noch: Wer bekommt welche Gebiete zugesprochen? Dieser eine Aspekt der sogenannten Säkularisation, die Aufhebung und Aufteilung der geistlichen Fürstentümer, der Hochstifte und Reichsabteien, wurde von niemandem ernstlich in Frage gestellt, nicht einmal von der Kurie und von den Fürstbischöfen selbst. Umstrittener war jedoch noch der andere Aspekt der sogenannten Säkularisation, nämlich die Aufhebung sämtlicher noch bestehender Klöster und Stifte – auch der evangelischen Stifte in Deutschland – und die Überlassung von deren Besitz zur freien Verfügung an die weltlichen Staaten, in denen sie lagen. Die finanziellen Gewinner dieser Maßnahme, die erst kurz vor dem Reichsdeputationshauptschluß von 1803 in der endgültigen Form beschlossen wurde, waren Bayern, Preußen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Hannover

Pfalz-Zweibrücken am Ende des Alten Reiches, Saarbrücken 1981. – Verzicht Frankreichs auf Rückzahlung der Schuld: u. a. Denkwürdigkeiten des bayer. Staatsministers Maximilian Grafen von Montgelas (1799–1817), im Auszug ... übersetzt von Max Frhr. von *Freyberg-Eisenberg* und hg. von Ludwig Grafen von *Montgelas*, Stuttgart 1887, S. 56.

<sup>24</sup>) Hierzu E. *Weis*, Montgelas (wie Anm. 1) S. 341–403. Über die Entschädigungsverhandlungen 1801–03 Protokoll der außerordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg, Bd. 1 und 2, sowie Beilagen Bd. 1–4, Regensburg 1803; ferner die in Anm. 21 genannten Akten, sowie u. a. MA 112; *Montgelas* bei *Montgelas-Freyberg* (Anm. 23) S. 55–75; dazu U. *Krüger-Löwenstein* (wie Anm. 22). Über den Reichsdeputationshauptschluß (RDH) und seine Rechtsproblematik: Klaus Dieter *Hömig*, Der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 und seine Bedeutung für Staat und Kirche, unter besonderer Berücksichtigung württembergischer Verhältnisse, Tübingen 1969. Neuere Drucke des RDH (leicht gekürzt) bei Ernst Rudolf *Huber* (Hg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, Stuttgart<sup>3</sup> 1978, S. 1–28; Hanns Hubert *Hofmann* (Hg.), Quellen zum Verfassungsorganismus des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1495–1815, Darmstadt 1976, S. 329–365.

und eine Reihe kleinerer Staaten. Besonders Bayern hatte darauf gedrängt. Bei der Herbeiführung dieses Beschlusses in der Reichsdeputation in Regensburg spielte wiederum die Vermittlermacht Frankreich die Schlüsselrolle<sup>25</sup>).

Die vollständige Säkularisation im Reich durchzusetzen, war schon 1796 eines der Ziele des französischen Außenministers Talleyrand gewesen. Damals unter dem Direktorium war dabei noch ein ideologisches, kirchenfeindliches Element mit im Spiel gewesen<sup>26</sup>); jetzt, 1803, waren für das inzwischen vom Ersten Konsul Bonaparte regierte Frankreich rein politische Gründe hierfür maßgebend geworden. Die Aufhebung der nicht reichsunmittelbaren Klöster konzedierte Frankreich im Gegensatz zur Aufhebung der geistlichen Fürstentümer nur zögernd, besonders auf das Drängen der bayerischen Regierung Montgelas, die teilweise durch Preußen unterstützt wurde. Die geistlichen Fürsten dagegen, ebenso wie die Reichsstädte waren die Hauptstützen des Kaisers im Reich. Sie wurden ihm genommen dadurch, daß man diese Reichsstände nun an Preußen und an die mittelgroßen anderen weltlichen Staaten verteilte. Diese mußten in Zukunft ein Interesse daran haben, in dem von Österreich immer wieder in Frage gestellten Besitz ihrer neuen Gebiete geschützt zu werden, wozu nur Frankreich imstande war. Bonaparte wollte diese mittelgroßen Länder als Pufferstaaten zwischen Frankreich und Österreich ausbauen und stärken. Er glaubte, sie würden stets auf seinen Schutz gegen Österreich angewiesen sein. Zwei andere, früher wichtige Pufferstaaten, Savoyen und die Schweiz, befanden sich jetzt bereits im französischen Machtbereich. In den Jahren 1802 und Anfang 1803 ging in Regensburg und Paris ein beispielloses Feilschen vorstatten, an dem Bayern besonders aktiv, und, wie die spätere Landkarte zeigt, erfolgreich teilnahm. Die Verhandlungen verliefen mehrgleisig, bei der französischen Regierung in Paris, wo der Vertreter Bayerns, Freiherr von Cetto, ein Mann bürgerlicher Herkunft, während der gesamten napoleoni-

<sup>25</sup>) Diese Fragen werden behandelt von E. Weis, *Neue Forschungen zur Säkularisation der bayerischen Klöster 1802/03*, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-historische Klasse, Sitzungsberichte, 1983 (mit Dokumenten).

<sup>26</sup>) E. Weis, *Montgelas* (wie Anm. 1), S. 335 f. Dort auszugsweise Übersetzung der bisher nicht gedruckten Instruktion Talleyrands für die französischen Unterhändler am Rastatter Kongreß vom 7. 11. 1797, nach AE Corr. politique Allemagne 674.

schen Zeit Bayern mit großem Geschick vertrat, ferner in Regensburg bei der Reichsdeputation und bei den Regensburger Vertretern der beiden Vermittlermächte, vor allem Frankreichs, in München zwischen Montgelas und dem jeweiligen französischen Gesandten und schließlich an den Höfen von Berlin und Petersburg, die jedoch den ausschlaggebenden Einfluß Frankreichs nicht in Frage stellten.

Die Entschädigungsverhandlungen waren mit einem für die Begriffe des späteren Rechtsstaates unvorstellbaren Maß an Korruption verbunden. Im 18. Jahrhundert war die Korruption, so hat man festgestellt, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor<sup>27)</sup>. Viele Fürsten sparten an der Bezahlung ihrer Minister und Beamten, weil sie es für normal hielten, daß diese von allen möglichen Seiten, auch von auswärtigen Mächten, Geld erhielten, was in den meisten Fällen ihre Politik durchaus nicht einseitig vom Geber abhängig machte, zumal sie oft von mehreren Parteien gleichzeitig Geld nahmen. Diese gewissermaßen traditionelle Korruption, an der sich wohl immer nur ein Teil der Beamtenschaft beteiligt hatte – es gab außerdem durch das Sportelsystem eine gewisse Grauzone – kam noch in allen deutschen Ländern vor. Sie wurde aber überboten durch eine neue Form: Die französische Revolutionsdekade mit ihren zahlreichen Umbrüchen brachte wie jede Zeit des Umsturzes nicht wenige Opportunisten und Zyniker hervor, die eine gewisse Meisterschaft darin entwickelten, unter jedem Regime oben zu schwimmen und sich zu bereichern. Die zwei bekanntesten Fälle sind der Altterrorist Fouché und der ehemalige adelige Bischof Talleyrand, der erstere Polizei-, der letztere Außenminister Napoleons. Talleyrand hatte 1796, als er erstmals Außenminister wurde – und er war es später unter fünf verschiedenen Regimes – laut ausgerufen: „Nun werde ich reich.“ Und er wurde es in der Tat. Doch war gerade Talleyrand auch ein wahrhaft schöpferischer Staatsmann. Was unter Bonaparte an Konstruktivem in der Außenpolitik geleistet wurde, war überwiegend Talleyrands Werk.

Talleyrand entwickelte sich während des mitteleuropäischen Entschädigungsgeschäftes zum Großverdiener; unter ihm partizi-

<sup>27)</sup> Jakob *van Klaveren*, Fiskalismus – Merkantilismus – Korruption. Drei Aspekte der Finanz- und Wirtschaftspolitik während des Ancien Régime, Vierteljahresschr. für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 47, 1960, S. 333–356; Hermann *Kellenbenz*, Probleme der Merkantilismusforschung, in: XII<sup>e</sup> Congrès International des Sciences Historiques, Rapports Bd. 4, 1965, S. 171–190, hier 179 ff.

pierten in hierarchischer Abstufung die wichtigeren Beamten seines Ministeriums ebenso wie mit seiner Duldung die französischen Vermittler in Regensburg, Laforêt und Mathieu, an dem enormen Geldsegen<sup>28)</sup>). Allerdings zeigte das Ergebnis bis 1806: die kleinen Reichsstände, wie die Fürsten Löwenstein-Wertheim oder die Reichsstädte Augsburg und Nürnberg, die den Vermittlern viele Hunderttausende an Gulden zahlten, verschwanden dennoch bis 1806 von der Landkarte, und dies, obwohl die Reichsstädte 1802/03 an das damals noch republikanische Herz Bonapartes und Talleyrands appellierten mit dem Argument, es sei nicht vorstellbar, daß die Regierung der französischen Republik die einzigen Republiken, die es in Deutschland gebe, nämlich die Reichsstädte, den deutschen Fürsten als Beute hinwürfe. Frankreich wollte sich lieber auf die größeren deutschen Staaten stützen, die ihm auch genügend Soldaten zur Verfügung stellen konnten, wie Napoleon einmal offen zu Dalberg sagte<sup>29)</sup>). Dennoch scheint es zunächst zwei verschiedene französische Deutschland-Konzeptionen gegeben zu haben: Der französische Vermittler in Regensburg Mathieu hat gesagt, er und seine Kollegen seien nach Regensburg gekommen, um das zu vollenden, was der Westfälische Frieden unvollständig gelassen habe; nur die Rücksicht auf Preußen und andere hätten sie daran gehindert, ihr Ziel zu verwirklichen, nämlich die kleinen Reichsstände auf Kosten der großen zu erhalten und notfalls wiederherzustellen. Diese Richtung wollte also das Reich vollkommen atomisieren und selbst

<sup>28)</sup> Ich stütze mich dabei auf die in Anm. 21 genannten Akten.

<sup>29)</sup> Metternich berichtete, Napoleon habe ihm im Winter 1807/08 über ein Gespräch mit Dalberg erzählt, in dem er zu Dalberg gesagt habe: „... ich will Ihnen mein Geheimnis anvertrauen. Die Kleinen in Deutschland möchten gegen die Großen geschützt werden. Die Großen wollen nach ihrer Phantasie regieren. Nun, da ich von dem Bündnis nur Menschen und Geld haben will und da es die Großen sind und nicht die Kleinen, die mir das eine und das andere verschaffen können, so lasse ich die Großen in Ruhe, und den Kleinen bleibt nichts übrig, als sich mit den Großen zu arrangieren, so gut sie können.“ Aus *Metternichs* nachgelassenen Papieren, hg. von Fürst R. *Metternich-Winneburg*, Erster Teil, I. Bd., Wien 1880, S. 61. Der Schluß des Zitats im Original französisch. Dazu Manfred *Botzenhart*, *Metternichs* Pariser Botschafterzeit, Münster 1967, S. 107; zu Napoleons Deutschland-Konzeption aufgrund der Schriftwechsel mit seinen Außenministern Talleyrand und Champagny (Paris, Archives Nationales): E. *Weis*, Napoleon und der Rheinbund, in: Armgard von *Reden-Dohna* (Hg.), Deutschland und Italien im Zeitalter Napoleons, Wiesbaden 1979, S. 57–80, hier S. 78.

kleine Reichsstände, die in der Zwischenzeit von größeren erworben worden waren, wieder selbständig machen<sup>30</sup>). Die andere Konzeption, die dann durch Bonaparte und Talleyrand tatsächlich verwirklicht wurde, war im Gegenteil die, Preußen und die deutschen Mittelstaaten zu stärken, nach 1806 nur noch die letzteren.

Bonaparte selbst war als Erster Konsul unbestechlich. Oft änderte er durch einen Befehl überraschend territoriale Dispositionen seiner Mitarbeiter, auch zu Gunsten Bayerns. Dies löste häufig Diskussionen zwischen den bayerischen Gesandten Cetto in Paris, Rechberg in Regensburg, Bray in Berlin, und Montgelas selbst darüber aus, inwieweit die hohen Investitionen für Bestechungen sinnvoll waren<sup>31</sup>). Doch war Bonaparte meistens, wenn er nicht gerade im Felde stand, voll beschäftigt mit der Regelung seiner Beziehungen zu den europäischen Großmächten und mit dem inneren Ausbau des französischen Imperiums. Als der bayerische Gesandte Cetto einmal bei Bonaparte erschien, um ihm klar zu machen, wie wichtig es für Frankreich sei, daß nicht Österreich, sondern Bayern das bisher freisingische Werdenfeller Land bekäme, stellte er fest, daß der Erste Konsul von der Geographie dieser Gegend keine Ahnung und auch weder Zeit noch Lust hatte, sich damit zu beschäftigen<sup>32</sup>). Bayern solle seine Vorstellungen schriftlich einreichen, sagte er. Man war also immer wieder auf das Mittel der Beeinflussung Talleyrands und seiner Mitarbeiter angewiesen. An einem einzigen Tag Anfang Oktober 1802 erhielten beispielsweise durch den bayerischen Gesandten in Paris Talleyrand eine Tabatière im Wert von 22000 F., seine Hausdame, die er kurz zuvor auf Befehl Bonapartes geheiratet hatte, eine Perlengarnitur für 36000 F. – allein diese Perlen waren mehr wert als das Jahresgehalt eines damaligen bayerischen Ministers und etwa 50mal soviel, wie damals ein Gymnasial-

<sup>30</sup>) Bericht Rechbergs v. 6. 12. 1802, MA 4042.

<sup>31</sup>) Bericht Cettos v. 5. 10. 1802, MA 2082, persönlicher Brief Cettos an Montgelas vom 11. 2. 1803, MA 2083 als Antwort auf einen Brief des Ministers vom 28. 1.; Berichte Rechbergs aus Regensburg, z. B. v. 18., 27. 10., 3. 11., 29. 11. und 23. 12. 1802 und Weisungen des Ministers aus dieser Zeit: MA 4042 und Kasten schwarz 9789; Bray aus Berlin, 3. 7. 1802, Nachlaß Montgelas.

<sup>32</sup>) Bericht Cettos v. 7. 1. 1802, MA 2082. Am 25. 7. 1802 berichtet Cetto, Bonaparte habe gesagt, als ein Diplomat in Anwesenheit Talleyrands mit ihm über deutsche Angelegenheiten sprechen wollte: „C'est l'affaire de M. Talleyrand, il a refait l'Allemagne, c'est à lui à arranger cela.“ MA 2082.

lehrer oder Pfarrer in Bayern im Jahr verdiente. Ferner erhielten an diesem Tage drei Mitarbeiter Talleyrands im französischen Außenministerium zusammen 28 000 F. und der preußische Gesandte in Paris Lucchesini für Vermittlerdienste 24 000 F<sup>33)</sup>. Auch der russische Vermittler in Regensburg, Baron Bühler, erhielt um diese Zeit wiederholt erhebliche Summen.

Cetto präziserte aus Paris, man könne bei einem Geschenk an einflußreiche Ministerialbeamte nicht erwarten, daß damit die bayerischen Wünsche bereits erfüllt würden, dazu bedürfe es der Zustimmung Bonapartes, aber die hohe Bürokratie könne umgekehrt sehr vieles durch die Art ihrer Vorlagen an den Ersten Konsul steuern. Daher müsse Bayern diese Beamten „avoir dans ses intérêts“, und er versuchte, die Zinsen, die solche Geschenke brächten, rechnerisch mit dem Aufwand zu vergleichen. In einer späteren Situation, als das Geld in München besonders rar geworden war, man aber rasch handeln mußte, beauftragte Montgelas einen Vertrauten, innerhalb weniger Tage durch einen hierfür spezialisierten Goldschmied eine Tabatière mit Edelsteinen für Außenminister Talleyrand fertigen zu lassen, die aussehen müsse, als ob sie 15 000 fl. ge-

<sup>33)</sup> Eigenhänd. persönlicher Brief Cettos an Montgelas vom 6. 10. 1802, MA 2082. Von den drei Beamten des französischen Außenministeriums hatten hiernach erhalten: Durand 15 000 F, Ste. Foy 10 000 F, Roux 3 000 F. Um durch die Vermittler im Reichsdeputationshauptschluß die Erlaubnis zu erhalten, das Eigentum der landsässigen Mediatklöster auch in den bayerischen Stammländern zur beliebigen Verwendung des Fürsten zu enteignen – diese Frage war damals noch nicht durch die Vermittlermächte entschieden – schlug Montgelas' Mitarbeiter Zwack, übrigens ein ehemaliger prominenter Illuminat, der sich damals in geheimer Mission in Regensburg aufhielt, in einem Brief vor, dem französischen Vermittler Mathieu eine Summe zu geben, die dem zu erwartenden Gewinn durch die Säkularisation dieser Klöster in Höhe von 1,6 Millionen fl. angemessen sein müßte. Zwack hatte diesen Rat und auch die Schätzung des Klostervermögens nach seinen eigenen Angaben interessanterweise durch den Minister des Fürstprimas Dalberg, Albini, erhalten. Brief Zwacks an Montgelas v. 12. 10. 1802, MA 2082. Wie die weiteren Korrespondenzen zeigen, hat Mathieu tatsächlich auch in dieser Zeit von Bayern größere Beträge erhalten. Die Zustimmung zu der Aufhebung auch der landständischen Klöster und zur Verwendung ihres Eigentums „zur Erleichterung der Finanzen“ des Fürsten hat jedoch anscheinend Cetto bei Talleyrand am 15. Januar 1803, also kurz vor der Endredaktion des Reichsdeputationshauptschlusses, erreicht: Ber. Cettos v. 25. 1. 1803, MA 2083. Hierzu E. Weis wie Anm. 25.

natürlich immer wieder Skandale aufgedeckt wurden – im Prinzip erst im Verlauf der deutschen Reformzeit, endgültig etwa seit 1807/08. Dies hing unter anderem mit der Schaffung eines neuen, besser bezahlten und wirtschaftlich abgesicherten, durch Prüfung und Leistung qualifizierten Beamtentums und auch mit der rationaleren Organisation der Staatsverwaltung zusammen.

Montgelas hat nach seinen eigenen Angaben bis Sommer 1802, also noch vor der großen Bestechungswelle, „für die Beförderung der kurfürstlichen Entschädigungs-Angelegenheiten“ etwa eine Million fl. aufgewendet<sup>37)</sup>. Dies bedeutete hohe Zahlungen und Geschenke an einzelne französische Beamte. Aber es war wenig im Vergleich zum Nutzen für Bayern und im Vergleich zu den Belastungen, die der Staat sonst in dieser Zeit zu tragen und den Schulden, die er aufzunehmen hatte. Allein die Kosten für die französische Besatzungsarmee 1800 betragen mit 5 Millionen fl. soviel wie eine Jahreseinnahme des Staates in dieser Zeit. In der gleichen Größenordnung beliefen sich allein die Schulden des 1803 erworbenen Hochstifts Bamberg. Von den früheren Wittelsbachern hatte Bayern 30 Millionen fl. Schulden geerbt. Mit der 1806 erworbenen, wirtschaftlich bankerotten Reichsstadt Nürnberg, mußte Bayern deren 25 Millionen fl. Schulden übernehmen. Da man laufend neue Gebiete erwarb, erhielt man trotz der katastrophalen Finanzlage immer wieder Kredite. Die Gebietserwerbungen des Jahres 1806, nach dem Sieg über Österreich und dem Eintritt in den Rheinbund, gab Napoleon Bayern noch ohne Zahlungen an Frankreich aufgrund der Verträge von Brünn und Schönbrunn, nur aufgrund seiner Waffenhilfe und seiner Verpflichtung für die Stellung von Truppenkontingenten in künftigen Kriegen. Das früher preußische Bayreuth dagegen, das die Franzosen zunächst selbst verwalteten, ließ sich Napoleon bei seiner Abtretung an Bayern 1808 teuer bezahlen: Er verlangte als Gegenleistung für die Abtretung der Bayreuther Domänen, die sich bisher Frankreich reserviert hatte: Aufstockung der bayerischen Armee um 2 Regimenter, 15 Millionen frs., die volle Verpflegung von 15000 französischen Soldaten, die im Lande bleiben sollen. Für sie sollten jährlich 2 Millionen frs. aufgewandt werden<sup>38)</sup>. Allein die

<sup>37)</sup> Bericht Buols vom 18. 9. 1802 – also noch vor den großen Bestechungsaktionen des Herbstes und Winters 1802 bzw. 1802/03. Staka Baiern 98.

<sup>38)</sup> Von Napoleon geforderte Leistungen für die Abtretung Bayreuths an Bayern: AE Mémoires et Documents France: Diktat Napoleons für Cham-



einmalige Zahlung betrug damals beinahe die Hälfte der inzwischen erheblich erhöhten Jahreseinnahmen des bayerischen Staates.

#### IV.

Der Übergang zum formellen Bündnis mit Frankreich im Herbst 1805, bei Beginn des 3. Koalitionskrieges, setzte nur den Schlußpunkt unter eine Entwicklung, die seit 1799 im Gang war. Die Einzelheiten waren dramatisch<sup>39)</sup>: Es besteht kein Zweifel, daß die Entscheidung des Kurfürsten von Bayern und seines Ministers für das Bündnis mit Frankreich nicht nur der Staatsräson entsprach, sondern damals auch mit der Volksmeinung aller Stände, zumindest in Altbayern, in Einklang stand und daß sie zugleich eine Entscheidung für die modernere, gerechtere und leistungsfähigere Staats- und Verwaltungsorganisation bedeutete. Das Verdammungsurteil, das die kleindeutsche Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts über diese Haltung der süddeutschen Staaten sprach, ist unhistorisch. Diese Geschichtsschreiber spielten den Anteil herunter, den Preußen selbst seit 1795 an dieser Entwicklung gehabt hatte. Es hatte als erste Macht die Koalition, der das revolutionäre Frankreich den Krieg erklärt hatte, verlassen, um sich an der polnischen Teilung zu beteiligen, Preußen hatte als erster deutscher Staat 1795 praktisch die Abtretung des linken Rheinufers anerkannt, es hatte nun, 1805, 10 Jahre der Neutralität hinter sich, während Süd-

pagny, Erfurt, 13. 10. 1808. Dazu Marcel *Dunan*, *Napoléon et l'Allemagne. Le système continental et les débuts du Royaume de Bavière 1806-1810*, Paris 1942, S. 231 und 623 ff. (auch über den Erfurter Fürstenkongreß überhaupt). Über den Stand der Schulden nach einer Berechnung des bayerischen Finanzministeriums von 1819 bietet genaue Angaben Walter *Demel* in einer voraussichtlich 1983 erscheinenden Münchner Dissertation von 1981: *Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08-1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära im vorkonstitutionellen Königreich Bayern. Die Zahlen über die Schulden dort im Manuskript S. 270-276. Danach hätte allein die Gesamtschuld der bayerischen Neuerwerbungen in Schwaben fast 19 Mio fl. betragen.*

<sup>39)</sup> Hans Karl von *Zwehl*, *Der Kampf um Bayern 1805*, I: *Der Abschluß der bayerisch-französischen Allianz*, München 1937. Statt des nicht erschienenen Bandes II aus dem Nachlaß: *Die bayer. Politik im Jahre 1805*, Urkunden gesammelt und ausgewählt von H. K. von *Zwehl*, mit Einführung von Anton *Ritthaler*, München 1964. Dazu M. *Dunan* (wie Anm. 38), S. 12-19, 26, 392-401; E. *Weis*, *Die Begründung* (wie Anm. 1) S. 17f.

deutschland von drei großen Kriegen zwischen Frankreich und Österreich durchtobt worden war, und Preußen hat der damaligen bayerischen Regierung, die sich eigentlich außenpolitisch an Berlin anschließen wollte, bis 1805 immer zu einem Bündnis mit Napoleon geraten.

Daß Bayern – ebenso wie Württemberg – seit Anfang 1806 mit Unterstützung Frankreichs zum Königreich erhoben wurde und schon zuvor durch die Verträge von Brünn und Preßburg<sup>40)</sup> als souverän erklärt worden war, bedeutete den Abschluß einer Entwicklung, die, wie die Akten zeigen, von der Regierung Montgelas planmäßig seit spätestens 1801 angestrebt worden war. Auch Österreich hatte zuvor, um Bayern auf seine Seite zu ziehen, Kurfürst Max Joseph den Königstitel angeboten<sup>41)</sup>.

Vor dem Eintritt in den Rheinbund hatten die Könige von Bayern und Württemberg schwerste Bedenken gehabt. Sie hatten gefürchtet, sie müßten die soeben erworbene Souveränität an einen Bund abgeben, dessen Protektor fähig erschiene, eine Tyrannei auszuüben, zu der kein deutscher Kaiser je in der Lage gewesen war. Auch wollten Max Joseph und Friedrich von Württemberg, in denen durchaus noch ein traditioneller Reichspatriotismus lebte, nicht durch ihren Beitritt zum Rheinbund das alte Reich zerstören. Derartige Bedenken waren dem Minister Montgelas völlig fremd<sup>42)</sup>. Die

<sup>40)</sup> Rudolfine Freiin von *Oer*. Der Friede von Preßburg, Münster 1965.

<sup>41)</sup> Staka 103 und 104. – Nach Montgelas (*Freyberg-Montgelas*, Denkwürdigkeiten, wie Anm. 23) S. 110f., machte allerdings der österreichische Gesandte Graf Buol diese Eröffnung erst im Oktober 1805 in Würzburg, als Bayern sich bereits für das Bündnis mit Frankreich entschieden hatte, und gestand, daß er Kurfürst Max Joseph eigentlich bereits im Mai die Königskrone anbieten sollte, damals aber gehofft hatte, Bayern auch ohne dieses Zugeständnis auf der österreichischen Seite halten zu können. Montgelas deutet an, daß damals der Kurfürst wohl auf ein solches Angebot Österreichs eingegangen sein würde, trotz stärkster Bedenken seines Ministers, der von der Überlegenheit der französischen Armeen fest überzeugt war. Beleg dafür, daß die Frage der Königskrone in München schon 1802 diskutiert wurde: Bericht Cettos aus Paris vom 5. 10. 1802, MA 2082.

<sup>42)</sup> Hierzu Kurt von *Raumer*, „Préfecture française“, Montgelas und die Beurteilung der napoleonischen Rheinbundpolitik. Ein Bericht des württembergischen Gesandten Graf Taube, München, 5. 7. 1806, in: Spiegel der Geschichte, Festgabe für Max Braubach, Münster 1964, S. 635–661; E. *Weis*, Napoleon und der Rheinbund (wie Anm. 29) S. 60f.: MA 12: Der in den bayerisch-württembergischen Gesprächen auftauchende Begriff „préfecture française“ bezieht sich auf die Furcht dieser beiden Regierungen, Napoleon

Überlegungen der Staatsräson und der Druck, den Napoleon auf die Gesandten der süddeutschen Staaten in Paris ausübte, gaben dann überall den Ausschlag. Erst nach dem Abschluß des Rheinbundvertrages ließ Napoleon die bereits erwähnte alternative Konzeption der französischen Deutschlandpolitik, nämlich die Stärkung der Kleinstaaten gegen die Größeren, fallen; erst jetzt entschied sich, daß die Kleinstaaten nicht zu – wie man gefürchtet hatte – „französischen Präfekturen“ in Deutschland gemacht würden, sondern daß sie Bayern, Württemberg und Baden zugeteilt wurden.

Zu den wesentlichen Motiven der süddeutschen Staaten für den Eintritt in den Rheinbund gehörte auch die Überlegung, daß sie erst durch die Erlangung der vollen Souveränität in die Lage versetzt würden, ihre Verfassungen zu ändern, ihre Stände und deren Privilegien zu beseitigen und hierdurch die seit der Französischen Revolution unumgänglichen Reformen durchzuführen, beispielsweise eine gerechtere Besteuerung des Adels. Solange das Reich mit seinen beiden Gerichten bestand, waren die alten Stände verfassungen und damit die Privilegien geschützt gewesen.

Wenn somit Bayern und Württemberg äußere Vergrößerung und innere Reform durch den Beitritt zum Rheinbund erreichen konnten, so waren diese beiden Staaten doch andererseits strikt darauf bedacht, den Ausbau des Rheinbundes zu einem Bundesstaat unter Führung des Protektors Napoleon zu verhindern. Und in der Tat brachte besonders Bayern Anfang 1808 solche Pläne des französischen Außenministers Champagny und des Fürstprimas Dalberg zum Scheitern. Napoleon verzichtete, besonders seit dem Beginn des Krieges in Spanien, auf den verfassungsmäßigen Ausbau und begnügte sich damit, den Rheinbund als reines Militärbündnis zur Stellung von Soldaten zu betrachten<sup>43)</sup>.

könne die kleineren weltlichen Fürstentümer in Süddeutschland, gewissermaßen als Pfähle im Fleisch Bayerns und Württembergs, bestehen lassen und aus ihnen wegen ihrer zwangsläufigen Abhängigkeit von Frankreich eine „*préfecture française*“ machen. Diese Möglichkeit, mit der Frankreich in der Tat diskret drohte, trug nicht wenig dazu bei, die Könige von Württemberg und Bayern und den Großherzog von Baden zum Eintritt in den Rheinbund zu bewegen.

<sup>43)</sup> Michael *Doeberl*, Rheinbundverfassung und bayerische Konstitution, Sitzungsberichte der Bayer. Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-histor. Klasse, 1924; E. *Weis*, Napoleon und der Rheinbund (wie Anm. 29).

Die früher vertretene Auffassung, Napoleon habe nach der deutschen Kaiserkrone gestrebt, findet in den Quellen keine Stütze. Seit 1806 lehnte er diesen Gedanken mehrmals ausdrücklich ab. 1810 sagte Napoleon zu Dalbergs Minister Eberstein: „Ihr wollt keine Ordnung bei euch, ich habe euch eine Verfassung geben wollen, ihr habt keine gewollt. Ihr habt vermutet, daß ich mich zum Kaiser von Deutschland machen wollte. Glaubt dies nur nicht, ich möchte eure Krone nicht. Lest in der Geschichte nach: zu allen Zeiten habt ihr eure Kaiser schikaniert, so daß diejenigen unter ihnen, die das Gute wollten, nichts haben ausrichten können. Es liegt nicht in meinem Interesse, euer Oberhaupt zu sein. Ich habe die Hände freier, wenn ich euch fremd bleibe, und ich verstehe es sehr wohl, euch mir willfährig zu machen.“<sup>44)</sup>

In den ersten Jahren des Bündnisses war das Verhältnis zwischen Frankreich und den Rheinbundstaaten noch am besten, dann kühlte es sich ab. Symptomatisch für die zunächst frankreichfreundliche Stimmung in Altbayern war es, daß die Bevölkerung bei Ausbruch des Krieges von 1805 Franz II., der immerhin noch Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation war, schweigend empfing, als er mit den österreichischen Truppen durch München ritt, daß man aber drei Monate später, nach der Niederlage der Österreicher, um die Jahreswende 1805/06, Napoleon bei seinem Aufenthalt in München stürmische Ovationen brachte. Als er jedoch zum zweiten Mal, nach dem Feldzug von 1809, wieder durch München zog, hatte sich die Stimmung bereits geändert. Obwohl er auch jetzt die Österreicher aus Bayern vertrieben hatte, empfing die Bevölkerung ihn schweigend und kalt<sup>45)</sup>. In den fränkischen Provinzen und natürlich in dem damals zu Bayern gehörenden Tirol kam es zu Sympathiekundgebungen für die Österreicher. Auch die Professoren und Studenten der Universität Landshut, zu dieser Zeit eines der Zentren der Romantik, Einheimische wie aus Norddeutschland Zugeordnete, gaben unverholen ihrer Hoffnung auf einen Sieg Öster-

<sup>44)</sup> K. Beck, Zur Verfassungsgeschichte des Rheinbundes, Mainz 1890, S. 30, das Zitat hier übersetzt.

<sup>45)</sup> Empfang des Kaisers Franz in München: Bericht des hessen-darmstädtischen Gesandten in München Harnier vom 21. 9. 1805, Staatsarchiv Darmstadt, Gesandtschaften, Convolut 9, Bericht 1805. Napoleon in München 1806: M. Dunan (wie Anm. 38), S. 1–4, S. 379–381; 1809: z. B. Montgelas (Freyberg-Montgelas, wie Anm. 23) S. 205.

reichs Ausdruck, was zu energischen Beschwerden und Drohungen französischer Generale bei der bayerischen Regierung führte<sup>46</sup>). Zwar faszinierten nochmals Napoleons neue Siege, an denen auch bayerische Truppen teilhatten. Aber die Belastung durch den Unterhalt der französischen Truppen, die bereits seit drei Jahren im Lande standen und auch nach dem Kriege blieben, sowie die Nachteile der Kontinentalsperre führten zu immer stärkerer Unzufriedenheit. Während König Max und sein Minister alles taten, um die Franzosen im Interesse der Sicherheit und weiterer Vergrößerungen des Staates zufriedenzustellen, brachte die junge Gräfin Montgelas hinter dem Rücken ihres Mannes dessen Politik durch einen Brief an Talleyrand in Gefahr. Sie, eine Tochter des Sprechers der bayerischen Landschaft, Graf Arco, war eine in jeder Hinsicht sehr unabhängige Frau. Sie schrieb dem französischen Außenminister, sie sei immer eine Anhängerin Frankreichs gewesen, aber sie erwarte nun nichts sehnlicher als den Abzug der Franzosen. Sie führte aus: „Ich verachte diejenigen, die auf Kosten meines armen Vaterlandes leben und die zu dessen Blutsaugern werden ... Hat man jemals seit Bestehen der Welt Verbündete gesehen, die so unersättlich sind, wie ihr, die ihr zu einem Besuch ohne Ende gekommen seid, ohne die geringste Miene zu machen, dafür zu bezahlen.“ Wahrscheinlich wäre Montgelas blaß geworden, wenn er von diesem Brief gewußt hätte, aber Talleyrand war, soweit die französischen Akten erkennen lassen, taktvoll genug, ihn Napoleon nicht vorzulegen<sup>47</sup>).

Die Beziehungen zwischen Napoleon und seinen europäischen Verbündeten verschlechterten sich seit 1808 zunehmend. Es wurde immer deutlicher, daß der Imperator sich souverän über deren vitale Interessen hinwegsetzte, daß er das französische Bürgertum einseitig auf Kosten der Nachbarvölker bereichern und somit zufriedenstellen wollte. Ein Beispiel hierfür ist es, wie er die Anwendung des bayerisch-italienischen Handelsvertrages von 1808 verhinderte, sehr zum Schaden beider Länder<sup>48</sup>). Mit Unbehagen beobachtete man in den deutschen Hauptstädten seine zunehmende Maßlosigkeit.

<sup>46</sup>) Lit. zu dem Meinungsumschwung s. E. *Weis*, Die Begründung (wie Anm. 1), S. 31. Hierzu auch *AE Corr. politique Bavière* Nr. 185 (1809) und 186 (1810).

<sup>47</sup>) Ernestine Gräfin Montgelas an Talleyrand, Munich, le 30 mai 1806, *AE Corr. politique Bavière* 182.

<sup>48</sup>) M. *Dunan* (wie Anm. 38) S. 346–367, 718–735.

keit, die sich äußerte in der Einmischung in Spanien, in der Besetzung des Kirchenstaates, der Deportation des Papstes, der ständigen Verschärfung der Kontinentalsperre, der Annexion der Niederlande und Nordwestdeutschlands. Mit weiteren Gewalttaten war zu rechnen. Als beim Aufstand der Tiroler 1809 der bayerische Kronprinz Ludwig mit dem französischen Oberbefehlshaber Marschall Lefebvre in Konflikt geriet, unter anderem, weil Ludwig für Schonung der Tiroler eintrat, drohte zuerst Lefebvre und dann Napoleon selbst damit, Ludwig erschießen zu lassen. Allerdings hatten andererseits die Franzosen nicht unrecht mit ihrer Behauptung, daß gerade die harte und verständnislose bayerische Bürokratie wesentlich zum Aufstand der Tiroler beigetragen hatte<sup>49)</sup>. In Spanien und Tirol gelang es erstmals einer entschlossenen, für ihre Freiheit kämpfenden Bauernbevölkerung, Erfolge gegen die bis dahin unbesiegbare Große Armee zu erringen. Der Kampf nahm, in Tirol und mehr noch in Spanien, unmenschliche Formen an. Die Reste der bayerisch-französischen Waffenbrüderschaft zerbrachen im russischen Winterfeldzug von 1812. Dreißigtausend Mann, fast die gesamte bayerische Armee, gingen in Rußland zugrunde<sup>50)</sup>.

Montgelas und der Marschall Wrede führten in komplizierten Geheimverhandlungen während des Sommers 1813 mit Österreich einen neuen, nunmehr endgültigen Bündniswechsel herbei<sup>51)</sup>. Noch vor der Schlacht bei Leipzig ging Bayern in das Lager der Alliierten über, nachdem diese seinen Gebietsstand garantiert hatten. Württemberg und Baden folgten diesem Beispiel. König Max konnte nur mit größter Mühe von der Unvermeidbarkeit dieses Schrittes über-

<sup>49)</sup> Zu den Zusammenstößen Ludwigs mit Marschall Lefebvre: *Adalbert Prinz von Bayern* (wie Anm. 1), S. 547–585; *Montgelas (Freyberg-Montgelas, wie Anm. 23)* S. 187–205. Lit. zu den Kämpfen in Tirol bei E. Weis, *Die Begründung* (wie Anm. 1) S. 27 ff.; Meinrad Pizzinini, *Die bayerische Herrschaft in Tirol*, in: H. Glaser (Hg.), *Krone und Verfassung* (wie Anm. 1), 1980, S. 254–259.

<sup>50)</sup> Neue Ergebnisse hierzu: Rainer Braun, *Die Bayern in Rußland 1812*, in: H. Glaser (Hg.), *Krone und Verfassung* (wie Anm. 1), S. 260–279; Ernst Aichner, *Das bayerische Heer in den napoleonischen Kriegen*, ebd. S. 239–253.

<sup>51)</sup> Hans Schwarz, *Die Vorgeschichte des Vertrages von Ried*, München 1933; Alexander Winter, *Karl Philipp Fürst von Wrede als Berater des Königs Max Joseph und des Kronprinzen Ludwig von Bayern (1813–1825)*, München 1968, S. 29–53; *Montgelas (Freyberg-Montgelas, wie Anm. 23)*, S. 274–303.

zeugt werden. Er war zunächst der Meinung, seine Ehre verlange es, notfalls mit dem französischen Verbündeten unterzugehen. Der König von Sachsen büßte diese an sich respektable Haltung mit dem Verlust von 40% seines Landes ein. Montgelas dagegen leitete diesen Bündniswechsel mit der gleichen ungerührten Kaltblütigkeit ein wie den ersten von 1805. Er schrieb später, für ihn sei die einzige Richtschnur das Interesse seines Staates gewesen. Er habe niemals seine Politik durch persönliche Vorliebe oder Abneigung bestimmen lassen; auch habe er nie einen Haß gegen ein anderes Land empfunden<sup>52)</sup>. Die 1813 ausbrechende Hochstimmung und nationale Begeisterung in Deutschland, die jetzt auch auf Altbayern übergriff, war ihm unverständlich. Montgelas sagte zu einem seiner Mitarbeiter, er könne nicht begreifen, warum jetzt ein solcher Ansturm auf die Meldestellen einsetze, während sich in den Feldzügen der napoleoni-schen Zeit immer nur so wenige Leute freiwillig zur Armee gemeldet hätten.

Der letzte Gesandte Napoleons in München, Graf de Mercy-Argenteau, der sich immer in Paris warm für die Belange Bayerns eingesetzt hatte, hatte sich von Montgelas hinsichtlich der Geheimverhandlungen mit Österreich bis zuletzt täuschen lassen und mußte deswegen danach seinen Dienst quittieren. Er verfaßte später eine Aufzeichnung über diese Ereignisse für das französische Außenministerium. Darin sagt er, daß Bayern 1813 gar nicht anders hätte handeln können als von Frankreich abzufallen. Die Schuld hierfür läge ausschließlich bei Napoleons Politik<sup>53)</sup>.

Bisher unbekannte Äußerungen von Montgelas aus verschiedenen Jahren zeigen, daß der Minister bei aller Sympathie für Frankreich und bei aller Bewunderung für die Genialität Bonapartes niemals und zu keiner Zeit geglaubt hat, daß Napoleon länger als ein

<sup>52)</sup> Montgelas-Nachlaß, „Note sur mon article dans la biographie universelle des hommes vivants t. 18 p. 45“. Darin heißt es: „Le Comte de Montgelas n'a jamais eu de prédilection marquée ni pour la France ni pour une autre puissance; il s'allia à elle en 1805 pour des motifs qu'un manifeste publié alors a fait connaître au public et par ce qu'il crut y trouver l'intérêt de son pays, il la quitta en 1813 pour la même raison, sans aigreur, sans haine ni pression. Le traité de Ried du 8 octobre 1813 et la réunion à la coalition sont son ouvrage ...“

<sup>53)</sup> AE, Correspondance politique Bavière, Supplément Nr. 15, „Notice historique sur la mission du Comte de Mercy-Argenteau en Bavière en 1812 et 1813“ (fol. 113 r–151 r).

Jahrzehnt oder wenig mehr seine Vorherrschaft in Europa behaupten könnte. Aber Montgelas war sich, ebenso wie seine wichtigsten Mitarbeiter, darüber im klaren, daß man diese kurze Zeitspanne nützen müsse, um den Staat nach außen hin zu vergrößern und abzurunden und nach innen zu modernisieren<sup>54</sup>).

## V.

Natürlich ist das umfassende Reformwerk, das in Bayern in den Jahren 1799 bis 1810 durchgeführt wurde, nicht *nur* durch den Einfluß Frankreichs zu erklären<sup>55</sup>). Vieles knüpfte an Neuerungen an,

<sup>54</sup>) Montgelas rechnete bereits 1810 mit einem schließlichen Sturz Napoleons und meinte nur, man solle die Zeit der französischen Dominanz zugunsten Bayerns benützen. Er empfahl gleichzeitig eine vorsichtige Annäherung an Österreich. Dies alles sagte er 1810 dem Kronprinzen. Die Äußerung stellt zugleich eine weitsichtige Analyse, vielleicht aber auch bereits einen Akt der Zukunftssicherung dar, denn der Kronprinz war der entschiedenste Gegner Napoleons am bayerischen Hofe: *Adalbert Prinz von Bayern* (wie Anm. 1), S. 593, 597 f. Schon 1806 hatte Cetto seine Unterzeichnung der Rheinbundakte mit dem Hinweis verteidigt, daß die gegenwärtige Macht Frankreichs „steht und fällt mit der Aktivität seines gegenwärtigen Führers“ und daß der König von Bayern diese kurze Zeitspanne im Interesse seines Staates ausnützen müsse, und Montgelas hatte diese Auffassung gegenüber seinem König unterstützt: *Dunan* (wie Anm. 38), S. 22–34, 405–421; Michael *Doeberl*, *Entwicklungsgeschichte Bayerns* Bd. II, München 1928, S. 413; derselbe, *Rheinbundverfassung und bayerische Konstitution* (wie Anm. 43), S. 8 f. Die Originalakten hierzu MA 10 und 11. Auch die Berichte des österreichischen Geschäftsträgers in München bereits aus dem ersten Halbjahr 1813, also noch vor den entscheidenden Verhandlungen für den Vertrag von Ried, zeigen, daß Montgelas bereits seit der Niederlage Napoleons in Rußland entschieden, wenn auch vorsichtig, das Ziel eines Bündniswechsels ansteuerte: *Staka Bayern* Nr. 115 (jetzt Nr. 101). Teilweise auch *Schwarz* (wie Anm. 51). Montgelas legte nur fünfmal eine längere Phase des Abwartens ein. Nach Napoleons Sieg bei Großgörschen (2. 5. 1813). Nachdem Österreich am 12. 8. 1813 seine neutrale Haltung aufgegeben und Frankreich den Krieg erklärt hatte – dies war wohl der kriegsentscheidende Vorgang – traten die bayerisch-österreichischen Verhandlungen in das zum Abschluß führende Stadium.

<sup>55</sup>) Denkwürdigkeiten des Grafen Maximilian Joseph v. *Montgelas* über die innere Staatsverwaltung Bayerns (1799–1817), hg. von G. *Laubmann* und M. *Doeberl*, München 1980, mit der Einleitung von Michael *Doeberl* S. IX–LXXVII; E. *Weis*, *Montgelas* (wie Anm. 1); E. *Weis*, *Die Begründung ...* (wie Anm. 1), S. 38–60, dort die weitere Lit.; Hanns-Hubert *Hofmann*, *Adele Herrschaft und souveräner Staat. Studien über Staat und Gesellschaft in Franken und Bayern im 18. und 19. Jh.*, München 1962; Karl *Möckl*, *Der*



die bereits der aufgeklärte Absolutismus in Österreich, Preußen und nicht zuletzt Bayern selbst geplant oder teilweise ins Werk gesetzt hatte. Dennoch gaben die Französische Revolution und der Einfluß des napoleonischen Empire den Anstoß zur konsequenten Einführung der Gleichheit vor dem Gesetz und vor der Steuer, der allgemeinen Wehrpflicht – wenn auch wie in Frankreich durch das System des Loskaufs durchlöchert – zur Einführung einer modernen Justizorganisation mit drei Instanzenzügen, zur Einleitung der Bauernbefreiung dadurch, daß das Obereigentum ablösbar gemacht wurde, wenigstens zunächst für die etwa 65% der Bauern, deren Grundherr seit 1803 der Staat war, ferner zur sofortigen Beseitigung der letzten Reste der Leibeigenschaft, zur Abschaffung der Fronarbeit, zur Gleichberechtigung der Konfessionen, zur Emanzipation der Juden, zur Abschaffung der Binnenzölle, zur Kontrolle und Vereinheitlichung des Bildungswesens und seiner Ausrichtung auch auf die praktischen Bedürfnisse des Staates und der Technik, zur Verstaatlichung und wesentlichen Förderung des Gesundheitswesens. Am eindeutigsten wurde Bayern durch das französische Vorbild geprägt auf dem Gebiet der Verwaltungsorganisation – mit all dessen Vor- und Nachteilen. Der extreme Zentralismus stellte zweifellos eine Voraussetzung dar für eine rasche Vereinheitlichung der alten mit den rund 230 neuerworbenen Gebietsteilen Bayerns. Dazu kam die Trennung von Justiz und Verwaltung bei Regierung und Mittelbehörden, die Bildung neuer, nach geographischen Gesichtspunkten gebildeter Verwaltungsbezirke, der Vorgänger der heutigen Regierungsbezirke, die, wie die französischen Departements nach Flüssen benannt wurden. Die zunächst völlige Aufhebung der gemeindlichen Selbstverwaltung und der Eigenverwaltungen der Stiftungen erwies sich als schwerer Fehlgriff und wurde später revidiert. Aber

moderne bayerische Staat. Eine Verfassungsgeschichte vom Aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende der Reformepoche, München 1979; ferner die Diss. von Walter *Demel* (wie Anm. 38) und die Lit. zur Frage der Einführung des Code Napoléon (Anm. 58); Fritz *Zimmermann* (wie Anm. 16); Franz-Ludwig *Knemeyer*, Regierungs- und Verwaltungsreformen in Deutschland zu Beginn des 19. Jh.s. Köln 1970. Für die Frage des Nebeneinander von alt-bayerischen Verwaltungstraditionen mit französischen, preußischen und österreichischen Einflüssen dürften wichtig zwei von Wilhelm *Volkert* vorbereitete, demnächst erscheinende Arbeiten sein, nämlich ein Handbuch der bayerischen Verwaltungsgeschichte und ein Beitrag W. Volkerts zu dem von H. *Pohl* herausgegebenen Handbuch der deutschen Verwaltungsgeschichte.

die kommunale Selbstverwaltung in Bayern blieb im Gegensatz zur preußischen bis 1952 relativ stark durch die Staatsaufsicht bevormundet.

Die Zentralisierung auf dem Gebiet der Staatsverwaltung mit der Tendenz, selbst Angelegenheiten von verhältnismäßig untergeordneter Bedeutung auf Ministerialebene entscheiden oder wenigstens genehmigen zu lassen, ist noch heute in Bayern stark ausgeprägt. Ein für Bayern spezifisches Erbe der napoleonischen Zeit, gewiß mit bestimmten Vorteilen, ist es ferner beispielsweise, daß die Themen für die Abiturprüfungen und für die Klausuren der Staatsexamina, wie bis heute in Frankreich üblich, zentral durch das Ministerium gestellt werden. Eine Neuerung der Französischen Revolution war ferner die Besetzung von Stellungen aufgrund von Prüfungen und weiteren Qualifikationen, anstatt, wie noch im 18. Jahrhundert üblich, nach Stand oder Beziehungen<sup>56</sup>). Nicht hoch genug kann ferner der Einfluß Frankreichs für die Entwicklung der Natur-, Ingenieur- und Sprachwissenschaften im damaligen Bayern veranschlagt werden, ebenso für die Staatswissenschaften und die Landesvermessung<sup>57</sup>). Die letztere bildete übrigens auch eine Voraussetzung für eine gerechtere Besteuerung.

Nur *eine* Reform erbat Napoleon persönlich von der bayerischen Regierung, und dieser Wunsch wurde nicht erfüllt, obwohl der Imperator damals, 1808, auf der Höhe seiner Macht stand. Es war die Einführung des nach ihm benannten Zivilgesetzbuches, des Code Civil oder Code Napoléon, an dessen Schöpfung Napoleon

<sup>56</sup>) Hierzu Bernd *Wunder*, Privilegierung und Disziplinierung. Die Entstehung des Berufsbeamtentums in Bayern und Württemberg (1780–1825), München 1978, besonders S. 119–233; W. *Demel* (wie Anm. 38), S. 418–449; W. *Demel*, „Beförderungen“ und Versetzungen. Zur Personalpolitik Montgelas' 1814/16, Zeitschr. f. bayer. Landesgeschichte 42, 1979, S. 107–125.

<sup>57</sup>) E. *Weis*, Bayerns Beitrag zur Wissenschaftsentwicklung im 19. und 20. Jh., in: M. *Spindler* (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte Bd. IV/2, München 1975 (verbess. Nachdruck 1979), S. 1034–1088, hier 1034–1046, mit Lit. In den Anfang des 19. Jh.s, reicht noch: Andreas *Kraus*, Die naturwissenschaftliche Forschung an der Bayer. Akademie der Wissenschaften im Zeitalter der Aufklärung (Bayer. Akademie der Wissenschaften, Phil.-hist. Klasse, Abhandlungen NF Heft 82), München 1978. Ferner der in Kürze erscheinende Bd. II von Ludwig *Hammermayer*, Vor- und Frühgeschichte der Bayer. Akademie der Wissenschaften. – Das Bureau Topographique in München als Schöpfung französischer Offiziere und Ingenieure: z. B. Staka Bayern 96, Bericht v. 2. 6. 1801.

persönlich maßgebenden Anteil hatte. Bayern und Württemberg widersetzten sich der Rezeption zum Teil aus Prestige Gründen, vor allem aber, weil die unveränderte Übernahme des Code Napoléon eine sofortige Abschaffung der Grundherrschaft und anderer Reste der sogenannten Feudalrechte impliziert hätte. Die Regierungen beider Staaten planten dagegen eine allmähliche Beseitigung dieser Rechte; sie hielten es nicht für möglich und wünschenswert, sofern auf diesem Gebiet eine Tabula rasa zu schaffen. Rücksichten auf den Adel spielten dabei eine Rolle, aber auch und besonders Rücksichten auf den Fiskus. Seit 1803 war der Staat der größte Grundherr; er glaubte, gegenwärtig nicht auf die grundherrlichen Einnahmen verzichten zu können. Baden, das tatsächlich den Code Civil einführte, modifizierte ihn stark im Hinblick auf die damaligen gesellschaftlichen Verhältnisse, ebenso einige andere deutsche Staaten<sup>58</sup>). In Bayern unternahm man gleichwohl unter maßgebender Beteiligung Anselm Feuerbachs, des Schöpfers des Strafgesetzbuches von 1813, zwei Anläufe zur Schaffung eines einheitlichen Zivilrechts, bei denen Elemente des Code Napoléon verwendet werden sollten, aber beide Entwürfe gelangten nicht zur Verabschiedung, zunächst wegen einer gewissen Wiederverstärkung der Position des Adels in den Rheinbundstaaten seit etwa 1809 – was mit der inneren Entwicklung im französischen Empire zusammenhing – sodann wegen Napoleons Sturz. Die letztere Tatsache ist bezeichnend dafür, in welchem Maße Napoleon, manchmal bewußt, manchmal wider Willen, als eine Art Katalysator auf die Reformen in den deutschen Staaten eingewirkt hat.

<sup>58</sup>) Michael *Doeberl*, Rheinbundverfassung und bayerische Konstitution (wie Anm. 43), Elisabeth *Fehrenbach*, Traditionale Gesellschaft und revolutionäres Recht. Die Einführung des Code Napoléon in den Rheinbundstaaten, Göttingen 1974, besonders S. 133–145; Werner *Schubert*, Französisches Recht in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Zivilrecht, Gerichtsverfassungsrecht und Zivilprozeßrecht, Köln 1977; Barbara *Dölemeyer*, Die bayerischen Kodifikationsbestrebungen, in: H. *Coing* (Hg.), *Ius commune* Bd. 5, Frankfurt/M. 1975, S. 138–177; neues Material zu dem bisher fast unbekanntem zweiten bayerischen Anlauf zu einem neuen, vom Code Napoléon, aber auch von dem Codex civilis Kreittmayrs von 1756 beeinflussten Zivilrecht für Gesamtbayern in der noch nicht veröffentlichten Mag.-Arbeit von Walter *Demel*, Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen in der Reformära Montgelas, dargestellt an den Richtungskämpfen um eine neue Zivilgesetzgebung auf der Basis des Codex Maximilianus Bavaricus civilis (1811–1814), München 1977.

Ein anderer Traditionsstrang französischen Einflusses, der auf die Revolution zurückgeht, im Empire aber unterbrochen gewesen war, waren die frühen Verfassungen der süddeutschen Staaten mit gewählten Volksvertretungen in den Zweiten Kammern, darunter die bayerische Verfassung von 1818<sup>59</sup>). Sie waren stark nach der französischen Charte von 1814 orientiert und begründeten das Verfassungsleben in Deutschland, 30 Jahre früher als in den beiden deutschen Großmächten. Es ist eine bemerkenswerte, natürlich nicht monokausal zu erklärende Tatsache, daß *die* deutschen Staaten, die schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Verfassungen hatten und die, ebenso wie die westlichen Provinzen Preußens, Schwerpunkte der Entwicklung des Liberalismus und des Parlamentarismus wurden, in der napoleonischen Zeit zum Rheinbund bzw., soweit linksrheinisch, zu Frankreich gehört hatten.

## VI.

Napoleon war von den europäischen Völkern gestürzt worden nicht aus Abneigung gegen Frankreich und alles Französische, sondern weil er eine Diktatur über ganz Europa errichten wollte, weil er die Nachbarländer Frankreichs rücksichtslos wirtschaftlich ausbeutete und Europa mit nicht endenden Kriegen überzog. Seit 1808 war ihm die Fähigkeit, Frieden auf der Basis von Kompromissen zu schließen, restlos abhanden gekommen. Aber die 25jährige Epoche der Französischen Revolution und Napoleons war nicht rückgängig zu machen. Sie hinterließ, wie in den anderen Nachbarstaaten Frankreichs, auch in Deutschland und insbesondere in Bayern unverwischbare Spuren.

Die napoleonische Flurbereinigung auf der politischen Landkarte Deutschlands, auf der von etwa 370 Fürstentümern und Reichsstädten nur 41 übrig blieben, stellte eine Vorstufe zu einer späteren deutschen Einigung dar; sie entschied gleichzeitig aber auch wohl darüber, daß Deutschland kein Einheitsstaat, sondern zunächst ein Staatenbund und später ein föderalistischer Bundes-

<sup>59</sup>) E. Weis, Die Begründung (wie Anm. 1) S. 74–84, mit Lit.; Karl Möckl, Der moderne bayerische Staat (wie Anm. 55), S. 238–281; E. Weis, Zur Entstehungsgeschichte der bayerischen Verfassung von 1818. Die Debatten in der Verfassungskommission von 1814/15, Zeitschr. für bayer. Landesgesch. 39, 1976, S. 413–444.

staat werden würde, eine Entwicklung, die bereits seit dem Mittelalter vorgezeichnet war.

Die Französische Revolution und das Empire haben letzten Endes so, wie einen französischen, auch einen deutschen Nationalismus hervorgebracht. Aber beide flauten nach den Befreiungskriegen wieder ab und mußten nicht zwangsläufig zu den zerstörerischen Formen hinführen, die der Nationalismus im späteren 19. und im 20. Jahrhundert annahm.

Ein anderes, unter dem Blickwinkel unserer Zeit zukunftsweisenderes Ergebnis jener Epoche sind die weitreichenden und im ganzen nicht zurückgenommenen Reformen in Preußen, vor allem aber, hier in einigen Bereichen noch dauerhafter, in den deutschen Mittelstaaten, besonders in Bayern.

Als Montgelas dem letzten Gesandten Napoleons in München, Graf de Mercy-Argenteau, mit dem ihn sehr gute Beziehungen verbunden hatten, am 8. Oktober 1813 mitteilte, im Interesse seiner Selbsterhaltung habe Bayern insgeheim ein Bündnis mit den Feinden Frankreichs abgeschlossen, war der Minister sehr bewegt und sagte dem bestürzten Diplomaten, er sei sicher, daß das Interesse Bayerns sein Land nach diesem Kriege wieder zum Freunde Frankreich machen werde. „Il faut une France à la Bavière“ – Bayern bedarf eines Frankreichs. Dieser Bericht Mercys fiel den Österreichern in die Hände und wurde Metternich vorgelegt<sup>60</sup>). Der österreichische Staatskanzler merkte sich diese Äußerung gut. Montgelas hoffte ebenso wie sein König später, nach dem Wiener Kongreß, sich wieder auf Frankreich als Gegengewicht gegen die beiden deutschen Großmächte stützen zu können. Diese unveränderte politische Grundeinstellung spielte eine gewisse Rolle für Montgelas' Sturz 1817. Die Zeitverhältnisse und auch die Anschauungen hatten sich zu stark geändert. Tatsächlich gab es seit 1814 nie mehr separate Bündnisse Bayerns oder anderer deutscher Staaten mit Frankreich. Ludwig I., so selbstherrlich er sonst auf die Wahrung der Eigenstaatlichkeit Bayerns bedacht war, er fügte Bayern außenpolitisch fest in den Deutschen Bund ein und vollendete damit das Werk, mit dem sein Vater bereits nach 1815 wider Willen begonnen hatte. Dies entsprach den politischen und wirtschaftlichen Realitäten, aber auch der Stimmung in Deutschland seit den Befreiungs-

<sup>60</sup>) AE Supplément Bavière 13.

kriegen. Damit war die Zeit einer unabhängigen Außenpolitik Bayerns vorbei<sup>61</sup>), obwohl Bayern bis 1870 noch diplomatische Beziehungen zu allen wichtigen europäischen Mächten unterhielt, zu einigen sogar bis 1914, mit Österreich bis 1918.

Aber was trotz aller Veränderungen bestehen blieb, das waren die engen kulturellen Beziehungen zwischen Bayern und überhaupt Süddeutschland und Frankreich, Beziehungen, die auch die beiden Weltkriege überdauerten<sup>62</sup>).

<sup>61</sup>) Einen Ansatz zu einer dynastisch bestimmten, die deutschen Grenzen überschreitenden Politik Bayerns, insbesondere Ludwigs I., stellte noch das Königtum des Wittelsbachers Otto in Griechenland, 1832–1862, dar. Hierzu u. a. M. Spindler in M. Spindler (Hg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, (wie Anm. 1) Bd. IV/1, S. 168–173; Irmgard Wilharm, Die Anfänge des griechischen Nationalstaates 1833–1843, München 1973; E. Weis, Otto, König der Hellenen, Unbekanntes Bayern Bd. 10, München 1970, S. 193–208; Wolf Seidel, Bayern in Griechenland, Die Geschichte eines Abenteuerers, München 1970; Roswitha Gräfin Armansepp, Joseph Ludwig Graf Armansepp, München 1976; Karl Dickopf, Georg Ludwig von Maurer, 1790–1872, Kallmünz 1960. – Über die Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich 1815–1840 steht eine von mir angeregte Dissertation von Sylvia Krauß geb. Meyl vor der Fertigstellung. – Die Berichte der französischen Gesandten in München von 1815 bis 1848 sind auszugsweise ediert bei Anton Chroust, Gesandtschaftsberichte aus München 1814–1848, Abt. I, Berichte der französischen Gesandten, 6 Bde., München 1935–1937. Der beste Beobachter und Kenner Bayerns war in dieser Zeit Baron Paul de Bourgoing (Gesandtschaftssekretär in München seit 1818, Gesandter 1835–1848). Auch später schickte Frankreich überwiegend befähigte und später weiter aufsteigende Diplomaten nach München. Bis 1871 hatten sie den Status von Gesandten, von 1871 bis 1911 auf Wunsch der Reichsregierung nur von Geschäftsträgern, dann nochmals von Gesandten. In der Zeit der Weimarer Republik kam es zu völkerrechtlichen Auseinandersetzungen darüber, ob die französischen Vertreter in München, wie es Frankreich wünschte, den Rang von Gesandten, oder wie es die Reichsregierung verlangte, den Rang von Geschäftsträgern haben sollten. Eine unglückliche Rolle als Vertreter Frankreichs in München spielte Emile Dard (1920–1924), eine hervorragende und für die Völkerverständigung wirkende André Comte d'Ormesson (1925–1933). ( Zu allem MA, Akten „AV“).

<sup>62</sup>) Symptomatisch hierfür sind die literarischen Schilderungen Bayerns von Dichtern des 19. Jahrhunderts wie Stendhal, Chateaubriand, Gérard de Nerval, Alphonse Daudet, im 20. Jahrhundert Guillaume Apollinaire, Jean Giraudoux – letzterer verglich die Atmosphäre in Bayern vor und nach dem ersten Weltkrieg – und Wladimir Comte d'Ormesson, ein Vetter des vorerwähnten französischen Gesandten. An solche Traditionen knüpfte Charles de Gaulle bei seinem triumphalen Besuch in München Anfang September 1962 an, ein Besuch, dessen Resonanz bei weiten Kreisen der Bevölkerung nur mit dem John F. Kennedys in Berlin im Sommer 1963 vergleichbar ist.